



www.laender-analysen.de/ukraine

WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG
ERDGASKONFLIKT
WTO-BEITRITT
METALLINDUSTRIE
WIRTSCHAFTSBEZOGENE LÄNDERRANKINGS

■ ANALYSE		
Die (globalisierte) Volkswirtschaft der Ukraine		2
Von Andreas Schwabe und Gunter Deuber, Raiffeisen Zentralbank, Wien		
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
Aktuelle Wirtschaftsdaten		5
<hr/>		
■ ANALYSE		
Der Erdgaskonflikt zwischen Russland und der Ukraine		7
Von Heiko Pleines, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen		
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
Der russisch-ukrainische Erdgashandel		10
<hr/>		
■ PRESSESTIMMEN		
Der Beitritt der Ukraine zur Welthandelsorganisation WTO		14
<hr/>		
■ ANALYSE		
Die Stahlindustrie in der Ukraine		18
Von Halyna Kokhan, Kiew		
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
Die ukrainische Eisenerz- und Stahlindustrie		20
<hr/>		
■ DOKUMENTATION		
Wirtschaftsbezogene Länderrankings im Überblick		27
<hr/>		
■ CHRONIK		
Chronik vom 12.2. bis 25.2.2008		42

Die nächste Ausgabe der Ukraine-Analysen erscheint am 11.3.2008.

Thema wird die Rolle der Ukraine in der Europäischen Nachbarschaftspolitik der EU sein.



Analyse

Die (globalisierte) Volkswirtschaft der Ukraine

Von Andreas Schwabe und Gunter Deuber, Raiffeisen Zentralbank, Wien

Zusammenfassung

Die Ukraine ist ein Land mit einem im regionalen Vergleich niedrigen Pro-Kopf-Wohlstand. Das beachtliche Wirtschaftswachstum seit dem Jahre 2000 wurde zum Großteil durch externe Faktoren – wie etwa hohe Stahlpreise – unterstützt. Aktuelle Fragen der Wirtschaftspolitik sind die Bekämpfung der Inflation, die schrittweise Erhöhung des Gaspreises durch Gazprom und die Auswirkungen der internationalen Finanzmarktkrise auf das Land. Ein Hauptrisiko für das nachhaltige Wachstum liegt in der negativen demographischen Perspektive.

Volkswirtschaftliche Eckdaten – Regionaler Vergleich

Mit dem Zerfall der Sowjetunion erlebte die Ukraine eine Dekade negativen Wirtschaftswachstums. Gemäß offizieller Statistiken sank das Bruttoinlandsprodukt (BIP) bis 1999 auf unter 40 % des Niveaus von 1989. Erst im Jahre 2000 setzte ein wirtschaftlicher Aufschwung ein, der mit Wachstumsraten von durchschnittlich 7,4 % pro Jahr bis heute anhält. Damit entspricht das BIP Ende 2007 etwa 70 % des Wertes von 1989. Es muss jedoch beachtet werden, dass solch ein Vergleich aufgrund der stark veränderten Wirtschaftsstruktur nur unter Vorbehalt angestellt werden kann.

Im regionalen Vergleich ist das Pro-Kopf-Einkommen der Ukraine noch gering: So beträgt das zum nominalen, jahresdurchschnittlichen Wechselkurs umgerechnete jährliche BIP pro Kopf im Jahr 2007 rund 2.200 Euro, während auf einen Einwohner des Nachbarn Polen fast 8.000 Euro kommen. Auch Russland liegt mit 6.300 Euro pro Kopf weit darüber, während Belarus mit 3.400 Euro ein höheres, aber vergleichbares Niveau zur Ukraine aufweist. Die Berücksichtigung unterschiedlicher Preisniveaus durch die Verwendung von Kaufkraftparitäten zur Umrechnung vermindert die Unterschiede teilweise. Das erhebliche Wohlstandsgefälle bleibt jedoch: Im Jahr 2006 betrug das zu Kaufkraftparitäten berechnete Pro-Kopf-BIP der Ukraine 7.000 Euro, dasjenige Polens 12.500 Euro; Russland kam auf knapp 10.000 und Belarus auf 7.400 Euro.

Determinanten des Aufschwungs

Der Wirtschaftsaufschwung seit dem Jahr 2000 ist einerseits durch die Ergebnisse von Restrukturierungen (etwa in Folge von Privatisierungen) und durch Reformbemühungen (z. B. Steuerreformen) zu erklären, andererseits spielen aber auch externe Faktoren eine bedeutende Rolle.

Erstens hatte die ukrainische Währung Hrywnja in Folge der russischen Finanzkrise in den Jahren 1998

und 1999 erheblich an Wert zum US-Dollar eingebüßt. Dies bedeutete für ukrainische Verbraucher und Unternehmen eine Verteuerung von Importgütern und gab der heimischen Industrie die Möglichkeit Kunden (zurück) zu gewinnen. Mit der Abwertung der Währung ging aber auch eine Erhöhung der Inflation einher.

Zweitens stiegen im Zuge des globalen Wirtschafts- und Rohstoffbooms der letzten Jahre die Weltmarktmetallpreise markant. So erhöhten sich die Stahlpreise von 2002 bis 2004 um mehr als das Dreifache. Davon profitiert die Ukraine als sehr offene Volkswirtschaft mit einem Güterexportanteil von 35–50 % des BIP, wobei Metalle unter diesen Exporten einen Anteil von über 40 % einnehmen.

Drittens belebte sich zeitgleich mit dem Beginn der Wachstumsphase in der Ukraine auch die rohstoffgetriebene Wirtschaft des wichtigsten Handelspartners Russland. Russland ist für das ukrainische Verarbeitende Gewerbe und insbesondere den Maschinenbau ein traditionell wichtiger Absatzmarkt.

Viertens lag der Preis für russische Energieimporte im betrachteten Zeitraum weit unter dem Weltmarktpreis, was vor allem der in der Ostukraine angesiedelten Schwerindustrie zu Gute kam.

Die genannten Faktoren wirkten sich positiv auf die private Konsum- und Investitionsgüternachfrage aus, welche im Zeitraum 2000–2006 um jährlich 10,9 % bzw. 11,9 % anstieg. Unterstützt wurde dies noch durch ein günstiges internationales Kapitalmarktumfeld, welches es ukrainischen Unternehmen und Banken erlaubte, Kapital zu günstigen Konditionen am internationalen Kapitalmarkt aufzunehmen, um Investitionen zu finanzieren bzw. die inländische Kreditvergabe rasch auszuweiten.

Aktuelle Herausforderungen

Seit Mitte letzten Jahres ist der Wiederanstieg der Verbraucherpreis-inflation eines der beherrschenden wirt-

schaftspolitischen Themen. Im Lichte der weltweit anziehenden Lebensmittel- und Energiepreise ist dies kein spezifisch ukrainisches Phänomen, doch war die resultierende Inflationsrate des letzten Jahres in ihrer Höhe von 16,6 % überraschend und eine der höchsten Preissteigerungsraten in den GUS-Staaten. Eine Erklärung liegt einerseits in der hohen Empfindlichkeit der Inflation für Änderungen von Lebensmittelpreisen, da diese rund 60 % des Index zur Preismessung ausmachen, andererseits sind auch hohes Lohnwachstum, eine schnelle Ausweitung der Geldmenge und eine ausgabenfreudige Fiskalpolitik preistreibende Faktoren. Für dieses Jahr erwarten wir ebenfalls eine zweistellige Inflationsrate, jedoch niedriger – bei knapp über 10 %. Eine Gefahr stellt allerdings die mögliche Verfestigung von hohen Inflationserwartungen dar, die einen mittelfristigen Inflationsrückgang erschweren würden.

Ein anderer inflationstreibender Faktor sind Erhöhungen der Gasimportpreise durch die russische Gazprom. Während der Preis 2006 noch 95 Dollar pro 1000 m³ Gas betrug, stieg er 2007 auf 130 Dollar und in diesem Jahr um weitere 38 % auf 179,5 Dollar. Weitere Erhöhungen in den kommenden Jahren und ein vollständiger Abbau der Vergünstigungen im Vergleich zu Westeuropa sind in den nächsten drei bis vier Jahren zu erwarten. Bisher haben diese Preiserhöhungen nicht zu einer Wachstumsverlangsamung geführt, da gleichzeitig auch die Preise für ukrainische Exportgüter (Stahl und Erzeugnisse der chemischen Industrie) stiegen. Die Energiepreiserhöhungen bilden zudem einen Anreiz, die bislang sehr niedrige Energieeffizienz in diesen Wirtschaftszweigen zu erhöhen.

Zusammen mit den derzeit boomenden Importen für Konsum- und Investitionsgüter führt dieser Preisschock zu einer Verschlechterung der Leistungsbilanz, für die wir in diesem und den kommenden Jahren ein Defizit in Höhe von 5–6 % des BIP erwarten. Wir sind jedoch zugleich der Ansicht, dass steigende Direktinvestitionen und Kreditaufnahmen – vorausgesetzt die Ukraine bleibt ein kreditwürdiges Land im Sinne der internationalen Kapitalmarktfähigkeit – dieses Defizit kurz- und mittelfristig finanzieren können.

Sollten sich die aktuellen Verwerfungen auf den internationalen Finanzmärkten über einen längeren Zeitraum (ein bis zwei Jahre) hinziehen und auch die Realwirtschaft im globalen Maßstab treffen, dann würde dies auf jeden Fall eine deutliche Verteuerung der Auslandskapitalaufnahme bedeuten. Negativ könnte sich solch ein Szenario besonders auf die Ukraine auswirken, da eine globale Wachstumsschwäche ein nachhaltiges Absinken der Stahlpreise bedeuten würde und auch Russland ergreifen könnte.

Frustrierte Portfolioinvestoren – (noch) keine Auswirkungen auf Direktinvestitionen

Die zuvor skizzierten Tendenzen zeigen: Die Ukraine hat sich zu einer globalisierten Volkswirtschaft entwickelt, die sowohl auf der Export- als auch auf der Kapitalimportseite eng mit dem Rest der Welt verflochten ist. In den letzten Jahren hat die Ukraine in erster Linie von der – aus globaler Perspektive – reichlich vorhandenen internationalen Liquidität und der mit ihr einhergehenden niedrigen Risikoaversion internationaler Investoren profitiert. Direktinvestitionen und vor allem auch Portfolioinvestitionen (also Investitionen in den ukrainischen Kapitalmarkt und ukrainische Fremdwährungsanleihen) sind von 2005 bis zur Jahresmitte 2007 in hohem bzw. steigendem Maß ins Land geflossen. Die ukrainische Regierung, aber auch die Stadt Kiew oder private Schuldner konnten zu recht günstigen Konditionen (d. h. mit geringen Renditedifferenzen zu amerikanischen oder deutschen Staatsanleihen) durch in Euro oder Dollar begebene Fremdwährungsanleihen Hartwährung am internationalen Kapitalmarkt aufnehmen.

Andauernde innenpolitische Friktionen, daraus resultierende Verschlechterungen in der Bewertung durch die international führenden Länderrisikobewertungs-Agenturen sowie globale Rezessionsängste im Zuge der US-Immobilienmarktkrise und die international knapper werdende Liquidität haben sich in den letzten Monaten bereits negativ auf die Marktstimulierung für Portfolioinvestitionen in die Ukraine ausgewirkt. Derzeit notieren etwa staatliche ukrainische Fremdwährungsanleihen in Relation zu vergleichbaren Ländern mit einer deutlich erhöhten Renditedifferenz – letztere kann als Schätzwert für die von Investoren verlangte Länderrisikoprämie, etwa auch in Kostenkalkulationsrechnungen bei Direktinvestitionen oder bei der Kapitalaufnahmen privater Schuldner interpretiert werden.

Damit ist die größte Herausforderung für den ukrainischen Staat in dem derzeit schwierigen globalen Umfeld die Wiederherstellung des internationalen Investorenvertrauens. Ansonsten könnten die bei den Portfolioinvestitionen seit Jahresmitte 2007 zu beobachtenden negativen Tendenzen auch auf die für die Ukraine so wichtigen Direktinvestitionen durchschlagen. Gegenteilig zu diesem Erfordernis wirken indes die jüngsten undurchsichtigen Interessenkonflikte im Umkreis des 100 % staatlichen ukrainischen Erdöl- und Erdgaskonzerns Naftohaz, der zum Jahreswechsel kurz vor dem Bankrott stand und seinen Gläubigern zunächst keinen zertifizierten Jahresabschluss nach internationaler Rechnungslegung (IFRS-Standards) vorlegen konnte. Die Situation konnte kurzfris-

tig nur beruhigt werden, indem der ukrainische Staat eine explizite Garantieerklärung für die Zahlungen an ausländische Gläubiger gab. Trotz staatlicher Garantieerklärung: Sollten die bis Ende Februar eingeforderten Jahresabschlusszahlen nach IFRS ungenügend sein oder es einen Zahlungsverzug auf die internationalen Naftohaz-Schulden geben (eine Zahlung gemäß der Garantieerklärung würde die Zustimmung mehrerer Ministerien benötigen), wäre dies dem Vertrauen in die paralytierte und derzeit populistischer werdende ukrainische (Wirtschafts-)Politik sowie den institutionellen und strukturellen Konvergenzprozessen des Landes insgesamt sehr abträglich.

Ausblick: WTO und zukünftige Herausforderungen

Aufgrund aller angesprochenen Risiken – in der Ukraine selbst und in der Weltwirtschaft – setzen wir unsere Wachstumsprognose für 2008 bewusst niedrig bei 5,5 % an (Wachstum im Jahr 2007: 7,3 %). Langfristige (wirtschaftliche) Herausforderungen bestehen in der Diversifizierung der einseitigen Exportstruktur, der Verbesserung des Geschäfts- und Investitionsklimas, der verstärkten Förderung kleiner und mittelständischer Betriebe, der Bekämpfung der Korruption und einer Erhöhung der Effizienz staatlicher Institutionen.

Die Aufnahme der Ukraine in die Welthandelsorganisation (WTO) im Februar 2008 wird unserer Ansicht

Über die Autoren:

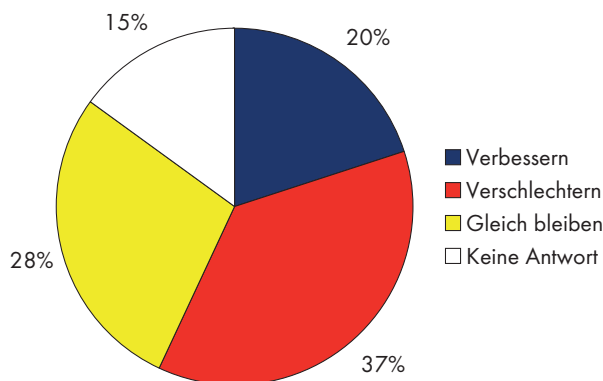
Andreas Schwabe ist ausgebildeter Ökonom und bei der Raiffeisen Zentralbank AG Österreich in der Abteilung Volkswirtschaft und Finanzmarktanalyse (Osteuropa) für die Länderanalyse Ukraine und Belarus zuständig.

Gunter Deuber ist ausgebildeter Ökonom und Philosoph. Er ist bei der Raiffeisen Zentralbank AG Österreich in der Abteilung Volkswirtschaft und Finanzmarktanalyse (Osteuropa) für staatliche Fremdwährungsanleihen aus Ost-, Südosteuropa und der GUS zuständig.

nach keine unmittelbaren Auswirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung haben, sich jedoch langfristig positiv auf Wachstum und Wohlstand auswirken. Der Beitritt wird wohl noch in diesem Sommer vom ukrainischen Parlament ratifiziert werden. Profitieren werden vor allem Exporteure (Stahl und chemische Industrie), während für heimische Lebensmittel-, Textil- und Automobilproduzenten aufgrund der niedrigen internationalen Konkurrenzfähigkeit Nachteile entstehen. Die Einführung verbesserter Produktionsstandards in Übereinstimmung mit WTO Richtlinien bietet jedoch auch hier Chancen. Anschließend an den WTO-Beitritt stehen Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union an.

Letztlich ist auf die prognostizierte negative demographische Entwicklung hinzuweisen. Nach Projektionen der Vereinten Nationen soll die Bevölkerung bis zum Jahre 2020 von derzeit 46,6 Mio. auf 41,7 Mio. Einwohner zurückgehen. Dies ist insbesondere wegen der bereits hohen Ausgaben des staatlichen Rentensystems von rund 14 % des BIP mit hohen Risiken verbunden. Lösungen könnten eine Heraufsetzung des Renteneintrittsalters (von derzeit 55 Jahren für Frauen und 60 Jahren für Männer), eine Verlängerung der Einzahlungsperiode für die Mindestpension oder eine forcierte Immigrationspolitik sein.

Grafik 1: Wird sich die wirtschaftliche Situation in der Ukraine im Jahr 2008 verbessern, verschlechtern, oder gleich bleiben? Die Meinung der ukrainischen Bevölkerung.



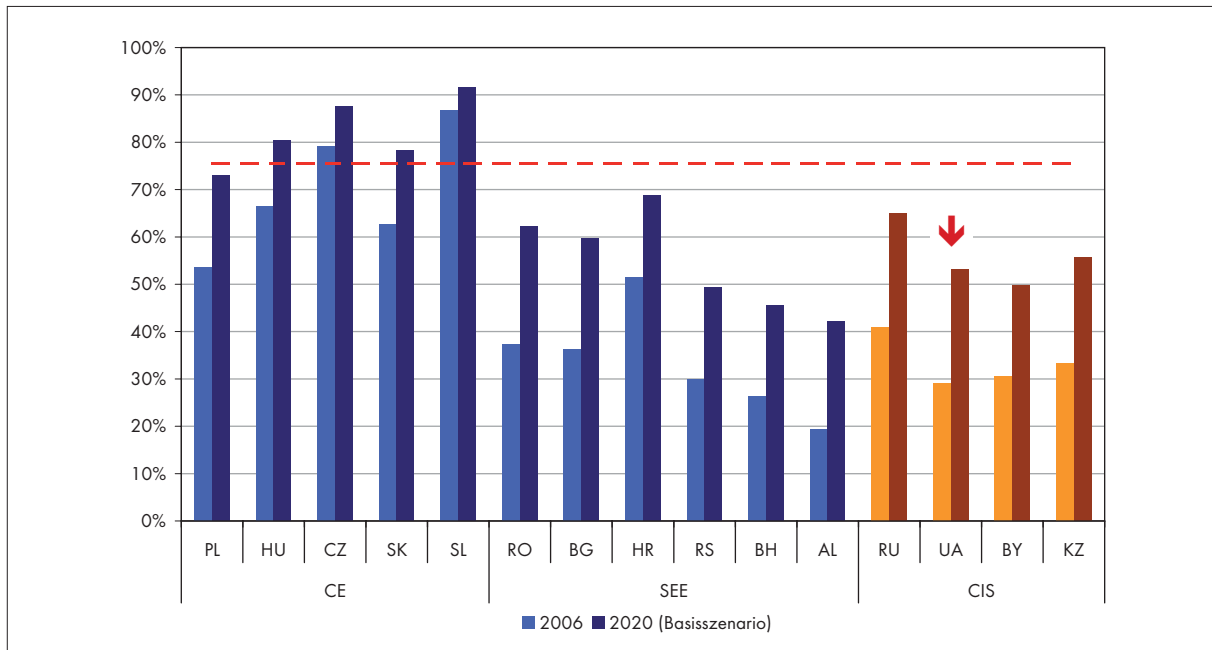
Quelle: Repräsentative Umfrage des FOM-Ukraine Ende Dezember 2007,

http://bd.fom.ru/report/map/projects/fom_ukraine/du081801

Tabellen und Grafiken zum Text

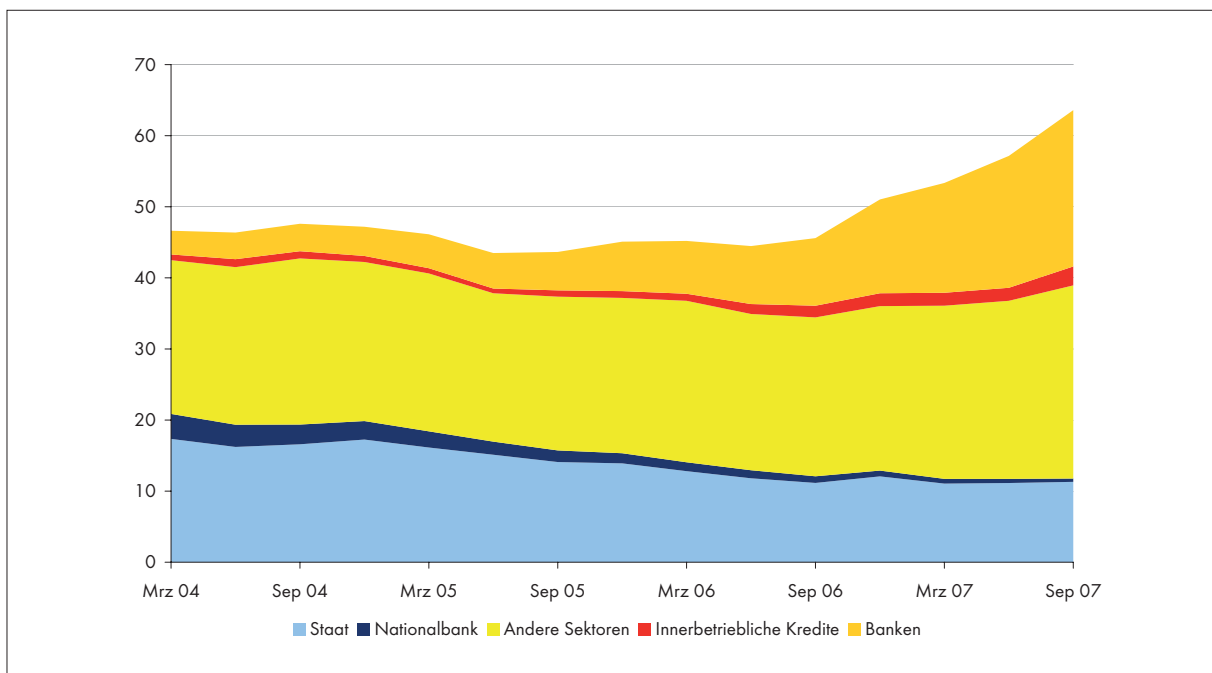
Aktuelle Wirtschaftsdaten

Grafik 2: BIP pro Kopf (zu Kaufkraftparitäten) in % des Durchschnitts der EU-27



Quelle: wiiw, Raiffeisen Zentralbank, Raiffeisen RESEARCH

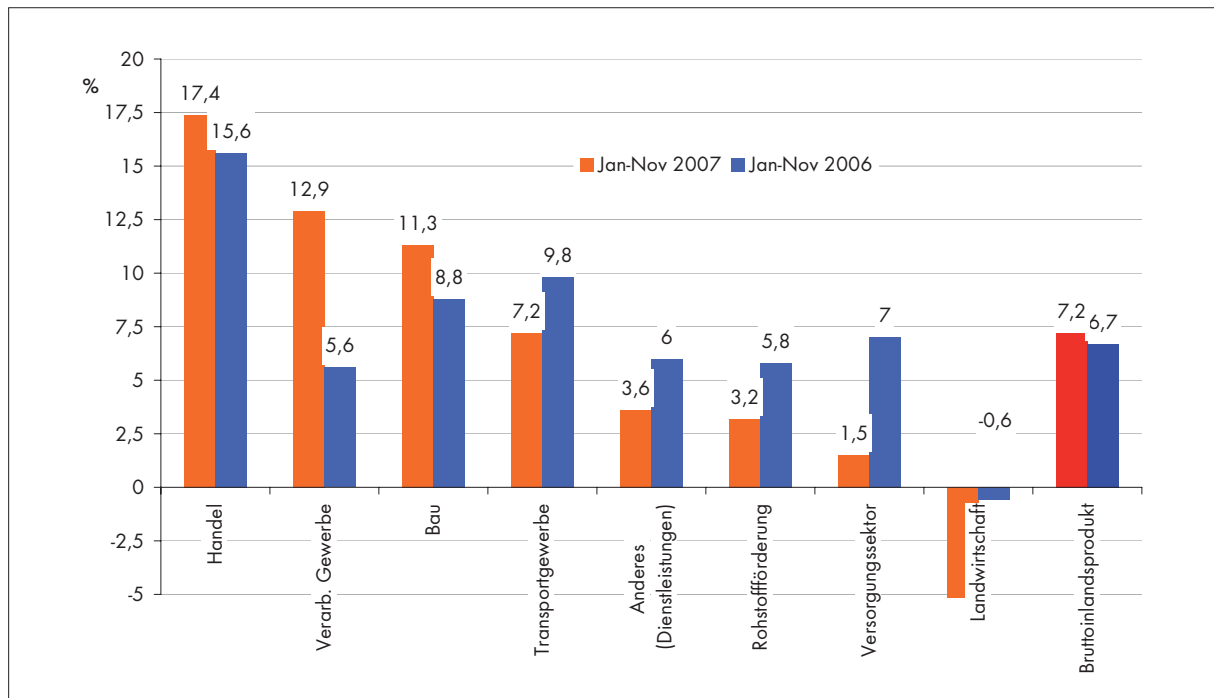
Grafik 3: Auslandsverschuldung der Ukraine in % des BIP*



* Summe der letzten vier Quartale

Quelle: Ukrainische Nationalbank, Ukrainisches Statistikkomitee, Raiffeisen Research

Grafik 4: Reales Wirtschaftswachstum Januar–November 2007 und Januar–November 2006, in % p.a.



Quelle: Ukrainisches Statistikkomitee, Raiffeisen Research

Tabelle 1: Zentrale Kennziffern der Wirtschaftsentwicklung der Ukraine 2003–2009

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Nominales BIP (Mrd. EUR)	44,5	52,2	69,3	85,5	103,2	124,4	150,4
Reales BIP (% p.a.)	9,6	12,1	2,6	7,3	7,3	5,5	5,0
Industrieproduktion (% p.a.)	15,8	12,5	3,1	6,2	10,2	7,0	6,0
Arbeitslosenquote (Durchschn., %)	9,1	8,6	7,2	6,8	6,5	6,4	6,3
Bruttolöhne (% p.a.)	22,9	27,7	36,6	29,2	27,9	20,1	18,8
Produzentenpreise (Durchschn., % p.a.)	7,6	20,5	16,7	9,6	19,5	17,1	11,0
Verbraucherpreise (Durchschn., % p.a.)	5,2	9,0	13,5	9,1	12,8	16,5	9,7
Verbraucherpreise (Dezember, % p.a.)	8,2	12,3	10,3	11,6	16,5	10,5	8,0
Konsol. Budgetsaldo (% des BIP)	-0,2	-3,2	-1,8	-0,7	-1,0	-3,0	-3,0
Leistungsbilanz (% des BIP)	5,8	10,6	2,9	-1,5	-2,9	-5,1	-5,8
Offizielle Devisenreserven (Mrd. EUR)	5,3	7,0	16,1	16,5	21,8	25,5	28,8
EUR/UAH (Jahresdurchschnitt)	6,00	6,62	6,37	6,36	6,89	7,01	6,63
USD/UAH (Jahresdurchschnitt)	5,33	5,32	5,12	5,05	5,03	5,01	4,91

Anmerkung: Vorläufige Zahlen für 2007. Prognosen für 2008 und 2009.

Quelle: wiiw, Ukrainische Nationalbank, Ukrainisches Statistikkomitee, Raiffeisen Zentralbank, Raiffeisen Research

Analyse

Der Erdgaskonflikt zwischen Russland und der Ukraine

Von Heiko Pleines, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Zusammenfassung

Die Ukraine ist stark abhängig von russischen Energielieferungen. Gleichzeitig ist die Ukraine aber das wichtigste Transitland für russische Energieexporte. Die gegenseitige Abhängigkeit hat so zu einer Pattsituation geführt und gestaltet die Beziehungen zwischen den beiden Ländern schwierig. Im Vergleich zu den Vorjahren hat sich der Konflikt um den Erdgashandel zwischen Russland und der Ukraine trotz der verbliebenen dramatischen Momente aber deutlich entspannt. Während es 2006 noch zu einem Lieferstopp, einer drastischen Verschlechterung der außenpolitischen Beziehungen und einem Handelskrieg kam, konnte 2008 – wenn auch im letzten Moment – eine Einigung erzielt werden, die von allen Seiten begrüßt wurde. Die zentralen Probleme bleiben jedoch weiterhin ungelöst.

Ukrainische Abhängigkeit

Genau wie zu Zeiten der Sowjetunion ist die Ukraine auch heute auf Energieimporte aus Russland angewiesen. Sie bezieht vor allem Erdöl und Erdgas aus Russland. Die heimische Produktion deckt hier nur 15 % bzw. 25 % des Bedarfs. Da alle existierenden Öl- und Gaspipelines über russisches Territorium laufen, hat die Ukraine kaum Möglichkeiten, ihre Versorgung zu diversifizieren. Lieferungen aus Zentralasien sind von der Zustimmung der vom russischen Staat kontrollierten Pipelinebetreiber abhängig. Im Falle von Erdgas ist dies der Monopolkonzern Gazprom, bei Erdöl der staatliche Betrieb Transneft.

Dabei hat sich der Erdgashandel im Vergleich zum Erdöl als deutlich problematischer erwiesen. Zum einen ist Gas mit einem Anteil von fast 50 % der wichtigste Primärenergieträger in der Ukraine. Zum anderen steht der Ukraine mit dem russischen Gasmonopolisten Gazprom ein starker Verhandlungspartner mit guten Verbindungen zur russischen Regierung gegenüber, der erheblich mehr Druck ausüben kann, als einzelne russische Ölfirmen.

Ukrainische Energieschulden

Mit dem Ende der Sowjetunion begann Russland, von der Ukraine eine »normale« Bezahlung der Energielieferungen zu verlangen. Bereits seit 1992 muss die Ukraine in US-Dollar bezahlen. Die Preise wurden schrittweise erhöht. Die Ukraine kam ihren daraus resultierenden Zahlungsverpflichtungen nicht nach und sah sich deshalb erheblichem russischem Druck ausgesetzt. 1993 wurden Energielieferungen drastisch gekürzt, was in der Ukraine im Winter 1993/94 eine Energiekrise zur Folge hatte. Viele Industriebetriebe mussten die Produktion einstellen, öffentliche Gebäude wurden nicht beheizt, die Straßenbeleuchtung blieb abgeschaltet. Zu diesem

Zeitpunkt beliefen sich die ukrainischen Schulden für russische Energielieferungen bereits auf 600 Mio. US-Dollar. Da die Ukraine offensichtlich zahlungsunfähig war, verlangte Russland nun Anteile an ukrainischen Energiebetrieben als Kompensation. Unter Berufung auf nationale Sicherheitsinteressen hat die Ukraine aber eine russische Beteiligung an der Gasindustrie in den 1990er Jahren grundsätzlich abgelehnt.

Russische Abhängigkeit

Trotz der hohen Schulden war die Ukraine russischem Druck nicht hilflos ausgeliefert. Im Gegenteil, Russland musste einsehen, dass eine Eintreibung der ausstehenden Zahlungen nur begrenzt möglich ist. Ursache hierfür sind die Pipelines für russische Exporte nach Westeuropa. Mitte der 1990er Jahre gingen 95 % der russischen Erdgasexporte und über 50 % der russischen Erdölexporte in Nicht-GUS Länder durch die Ukraine. Dies erlaubt es der Ukraine zum einen, Engpässe durch illegale Entnahmen zu entschärfen. Zum anderen kann die Ukraine erhebliche Transitgebühren verlangen.

Ein erster Kompromiss

Diese Pattsituation führte Mitte der 1990er Jahre zu einem ersten Kompromiss. Es wurde vereinbart, dass die Ukraine über die Hälfte ihrer Erdgasimporte als Transitgebühr erhalten sollte. Zusätzlich wurden die russischen Leasinggebühren für Militärbasen der Schwarzmeerflotte auf der Krim zur Tilgung ukrainischer Gasschulden verwandt. Außerdem bemühte sich die Ukraine, Gasschulden durch Bartergeschäfte, etwa durch die Lieferung von Kampfbombern an Russland, zu begleichen. Direkte Geldzahlungen erfolgten anscheinend überhaupt nicht mehr. Gazprom akzeptierte dies, um seine Gasexporte nach Westeuropa nicht

zu gefährden. Im Ergebnis wuchsen die ukrainischen Gasschulden weiter.

Erneute Eskalation

Anfang 2000 hatte die Ukraine offiziell geliefertes Erdgas für etwa 1,4 Mrd. US-Dollar nicht bezahlt. Gazprom verlangte zusätzlich noch einmal etwa 700 Mio. US-Dollar an Zinsen, Strafen und Entschädigungszahlungen für Gasdiebstähle. Gleichzeitig exportierte Gazprom erstmalig größere Mengen Gas durch die im Herbst 1999 in Betrieb genommene Jamal-Pipeline, die unter Umgehung der Ukraine durch Belarus und Polen verläuft. Der russische Gaskonzern nahm dies zum Anlass, seinen Druck auf die Ukraine erneut zu erhöhen. Zum einen drängte er aggressiver auf eine Lösung der Schuldenfrage und eine Einstellung der Gasdiebstähle, zum anderen forcierte er Pläne zum Bau von weiteren alternativen Exportpipelines, die ukrainisches Territorium umgehen.

Gazprom gelang es so im Herbst 2002, die Ukraine zur Aufnahme von Verhandlungen über ein internationales Gaskonsortium zu zwingen, das die ukrainischen Gaspipelines verwalten sollte. Neben Gazprom und ukrainischen Partnern wurde auch der deutsche Erdgasimporteur Ruhrgas in die Verhandlungen einbezogen. Eine Einigung konnte aber nicht erzielt werden.

Der zweite Kompromiss

Fortschritte wurden hingegen bei der Schuldenfrage erreicht. Im April 2004 wurde eine Regelung verabschiedet, die der Ukraine erhebliche Zugeständnisse machte. Gazprom reduzierte seine Zahlungsforderung um 200 Mio. US-Dollar und akzeptierte für die übrigen Schulden Eurobonds, deren Auszahlung schrittweise bis 2013 erfolgen sollte. In einer zusätzlichen Vereinbarung im August 2004 wurden die fälligen Eurobondzahlungen gegen Gazproms Transitgebühren bis 2009 verrechnet. Im Ergebnis hatte die Ukraine die Schuldenfrage mit Gazprom gelöst, sollte aber dafür ab 2005 kein Gas mehr als Transitgebühr erhalten. Zusätzlich wurde der Preis für russische Erdgaslieferungen bis 2009 verbindlich und »unabänderlich« auf 50 US-Dollar für 1.000 m³ festgeschrieben. Dies bedeutete einen erheblichen Nachlass gegenüber dem Preis für Importeure aus der EU. Dieser Nachlass wurde aber im Wesentlichen von Turkmenistan finanziert, das fast zwei Drittel der Erdgasexporte in die Ukraine lieferte.

Der Lieferstopp 2006

Im Herbst 2005, nachdem mit der Vereinbarung zum Bau der Ostsee-Erdgaspipeline die Rolle der Ukraine als Transitland geschwächt erschien, kam es erneut zum Konflikt. Gazprom verlangte eine Erhöhung des

Gaspreises auf 160 US-Dollar für 1.000 m³ ab Jahresanfang 2006. Als bis Dezember keine Einigung erzielt werden konnte, erhöhte Gazprom seine Preisforderung auf 230 US-Dollar und stellte zum Jahresbeginn 2006 seine Lieferungen an die Ukraine ein. Es zeigte sich aber erneut, dass die Kontrolle über die Transitpipelines der Ukraine bei Verhandlungen einen Trumpf in die Hand gibt. Um seine Lieferverträge mit west- und mitteleuropäischen Kunden erfüllen zu können, ist Gazprom auf die Ukraine angewiesen. Der Rückgang des Erdgastransits zum Jahresbeginn, der auf ukrainische Entnahmen zurückzuführen war, zwang Gazprom deshalb zum Einlenken.

Die aktuelle Regelung

Bereits am 4. Januar 2006 erreichten Gazprom und der staatliche ukrainische Konzern Naftohaz Ukrainy eine vorläufige Einigung. Der Preis für ukrainische Erdgasimporte wurde auf 95 US-Dollar erhöht. Gleichzeitig wurde Gazprom für seine Lieferungen ein Preis von 230 US-Dollar garantiert. Der Unterschied zwischen dem hohen Kaufpreis für russisches Erdgas und dem deutlich niedrigeren Verkaufspreis in der Ukraine musste von den zentralasiatischen Lieferanten getragen werden, die in die Einigung nicht einbezogen wurden.

Die Abwicklung der Lieferungen in die Ukraine wurde an die in der Schweiz registrierte Firma RosUkrEnergO als Zwischenhändler übergeben, an der Gazprom und private ukrainische Unternehmer jeweils zur Hälfte beteiligt sind. In der ukrainischen Öffentlichkeit wurde kritisiert, dass mit RosUkrEnergO eine Firma beteiligt wurde, gegen die in der Ukraine staatsanwaltschaftliche Ermittlungen wegen vermuteter Verbindungen zur organisierten Kriminalität liefen und deren Eigentümerstruktur zum damaligen Zeitpunkt unklar war.

Das ukrainische Parlament nahm die Einigung zum Anlass der Regierung das Misstrauen auszusprechen. Gleichzeitig kam es zu weiteren Spannungen in den ukrainisch-russischen Beziehungen, die unter anderem die Nutzung der Infrastruktur auf der Krim durch die russische Schwarzmeerflotte sowie einen Handelskrieg betrafen.

In den folgenden Jahren erhöhte sich der ukrainische Importpreis für Erdgas vor allem aufgrund von Preiserhöhungen und Lieferengpässen Turkmenistans dramatisch. 2007 lag der Lieferpreis für die Ukraine bei 130 US-Dollar und für 2008 wurden 179,5 US-Dollar vereinbart. Seit 2005 hat sich der Importpreis für Erdgas damit mehr als verdreifacht. Für die kommenden Jahre hat Gazprom weitere Preiserhöhungen angekündigt. In einigen Jahren soll der Preis für die Ukraine an die allgemeinen internationalen Lieferpreise von Gaz-

prom angepasst werden. Der Preis für die Ukraine wäre dann nur um die Transportkosten und Zölle niedriger als der Preis für EU-Länder. Beim derzeitigen Preisniveau müsste die Ukraine dann deutlich über 200 US-Dollar bezahlen. Die Preisentwicklung wäre aber abhängig von der Entwicklung des Weltmarktpreises für Erdöl, an den der Erdgaspreis gekoppelt ist.

Durch die drastischen Preiserhöhungen stieg der Wert des ukrainischen Importbedarfs für Erdgas bereits 2007 auf über 7 Mrd. US-Dollar. Der Ukraine war es nun nicht mehr möglich, die Preissteigerung durch eine Erhöhung der Transitgebühren für russische Erdgasexporte in die EU zu kompensieren. Während 2005 die Transitgebühren mit 1,5 Milliarden US-Dollar noch reichten um die Hälfte der Erdgasimporte zu bezahlen, entsprachen 2007 die Transitgebühren von gut 2 Milliarden US-Dollar gerade einmal etwas mehr als einem Viertel der Importkosten. Bereits ein ukrainischer Zahlungsrückstand von einigen Monaten führt nun zu Milliarden Schulden.

Da die staatliche Firma Naftohaz den gesamten ukrainischen Erdgasimport abwickelt, ist letztendlich der Staatshaushalt für die Begleichung der Schulden verantwortlich. Während der Staat die Erdgaspreise für Industriekunden an die steigenden Importpreise anpasst, wird die Erdgasversorgung der privaten Haushalte staatlich subventioniert. 2006 zahlten die privaten Haushalte im Durchschnitt gerade einmal 37 US-Dollar während der Importpreis bereits bei 95 US-Dollar lag.

Die Position der Regierung Timoschenko

Durch die lange politische Krise in der Ukraine mit vorgezogenen Parlamentsneuwahlen im September 2007 und der Bildung einer neuen Koalitionsregierung unter Julia Timoschenko erst im Dezember, häuften sich zum einen wieder erhebliche Schulden für Erdgaslieferungen an und zum anderen wurde keine Vereinbarung über den Lieferpreis für 2008 erreicht. Anfang Februar drohte Gazprom der Ukraine mit einem Lieferstopp, falls die ausstehenden Schulden von 1,5 Milliarden US-Dollar nicht kurzfristig beglichen würden.

Julia Timoschenko, die für einen dezidierten Westkurs der Ukraine steht, hatte Russland bereits im Wahlkampf vorgeworfen, die Erdgasfrage zu politisieren. Sie forderte einen Ausschluss der dubiosen Zwischenhändler und eine drastische Erhöhung der Transitgebühren. Gleichzeitig verlangte sie eine Überprüfung des staatlichen Konzern Naftohaz, dem sie Misswirtschaft vorwarf.

Am 12. Februar erreichte der ukrainische Präsident Viktor Juschtschenko in Moskau im letzten Moment eine Einigung mit seinem russischen Amtskollegen

Wladimir Putin. Nach ersten Medienberichten sagte die Ukraine die umgehende Zahlung zu und die beiden Seiten einigten sich auf einen Ausschluss der Zwischenhändler. Gleichzeitig soll Gazprom direkt an den ukrainischen Endverbraucher liefern können. Der ukrainische Importpreis für 2008 wurde auf 179,50 US-Dollar festgelegt. Die Details der Einigung bleiben jedoch auch nach weiteren Verhandlungen von Timoschenko in Moskau am 20. Februar unklar. So ist bisher nicht absehbar, zu welchem Zeitpunkt die Zwischenhändler aus dem Erdgashandel ausgeschlossen werden und wie die neue Regelung aussehen wird.

Resümee

Im Vergleich zu den Vorjahren hat sich der Konflikt um den Erdgashandel zwischen Russland und der Ukraine trotz der verbliebenen dramatischen Momente deutlich entspannt. Während es 2006 noch zu einem Lieferstopp, einer drastischen Verschlechterung der außenpolitischen Beziehungen und einem Handelskrieg kam, konnte 2008 – wenn auch im letzten Moment – eine Einigung erzielt werden, die von allen Seiten begrüßt wurde. Die zentralen Probleme bleiben jedoch weiterhin ungelöst.

Solange der Importpreis für die Ukraine nicht der international gültigen Bindung an den Erdölpreis folgt, bleibt er Gegenstand politisierter Verhandlungen und damit ein potentiell Druckmittel russischer Außenpolitik. Gleichzeitig führt die Einbeziehung von Zwischenhändlern zu Intransparenz in der Abwicklung der Zahlungsströme und damit zum Verdacht der persönlichen Bereicherung der beteiligten ukrainischen Geschäftsleute und russischen Manager. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass ausgerechnet Timoschenko, die selber in den 1990er Jahren im dubiosen Erdgaszwischenhandel ein Vermögen verdiente, nun am vehementesten gegen die Zwischenhändler vorgehen will. Trotzdem ist ihr Standpunkt natürlich berechtigt. Eine neutrale Preisformel und transparente Zahlungsströme sind der einzige Weg, den Erdgashandel berechenbar und ohne Politisierung abzuwickeln.

Gleichzeitig belastet die rasante Preissteigerung für Erdgas den ukrainischen Staatshaushalt und die ukrainische Volkswirtschaft erheblich. Die Produktionskosten für die Schwerindustrie steigen und es entsteht ein erheblicher Inflationsdruck. Um mit den wirtschaftlichen Folgen der steigenden Erdgaspreise umzugehen, sind umfassende Modernisierungsmaßnahmen in der Industrie, ein staatliches Energiesparprogramm und eine verbrauchsspezifische Abrechnung bei privaten Haushalten erforderlich. Hier muss die Regierung Timoschenko ihre Hausaufgaben erst noch erledigen.

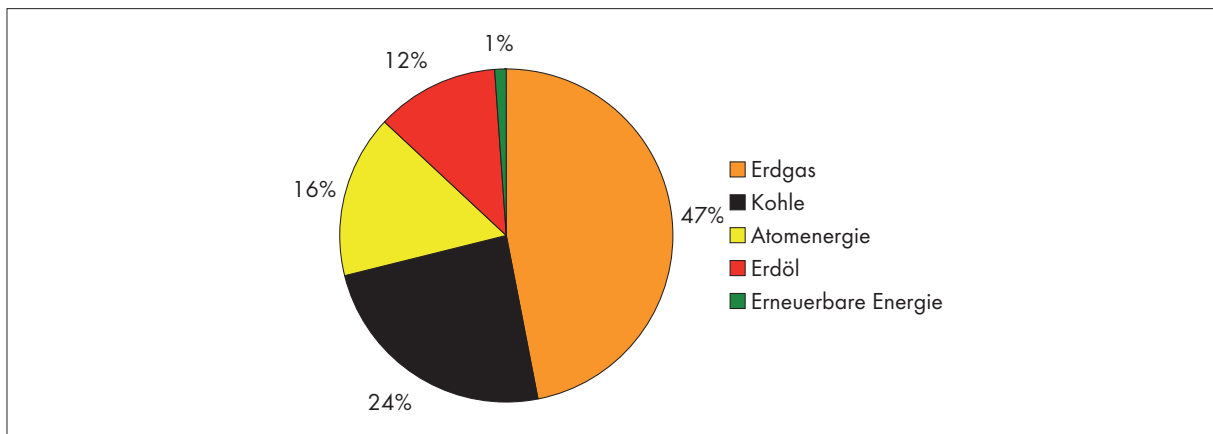
Über den Autor

Dr. Heiko Pleines ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. Er arbeitet seit 1997 zum ukrainischen Energiesektor, wobei u.a. folgende Publikationen entstanden sind: Andreas Heinrich, Heiko Pleines: Factors influencing the corporate governance of post-socialist companies. Examples from the oil industry, in: HSE Economic Journal 3/2006 (Jg.10), S.402–419; Heiko Pleines: Der politische Einfluss der Kohlelobbies in Polen, Russland und der Ukraine. Eine vergleichende Politikfeldanalyse, Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa Nr. 80 (2006); Heiko Pleines: The political economy of coal industry restructuring in Ukraine, KICES Working Papers No.1 (2004); Heiko Pleines: Verschleppte Wirtschaftsreformen und ihre Folgen. Fallbeispiel Energiesektor, in: Gerhard Simon (Hg.): Die neue Ukraine, Köln (Böhlau) 2002, S.225–243; Heiko Pleines: Energy in Ukraine, London (Financial Times Energy Publishing) 1998.

Tabellen und Grafiken zum Text

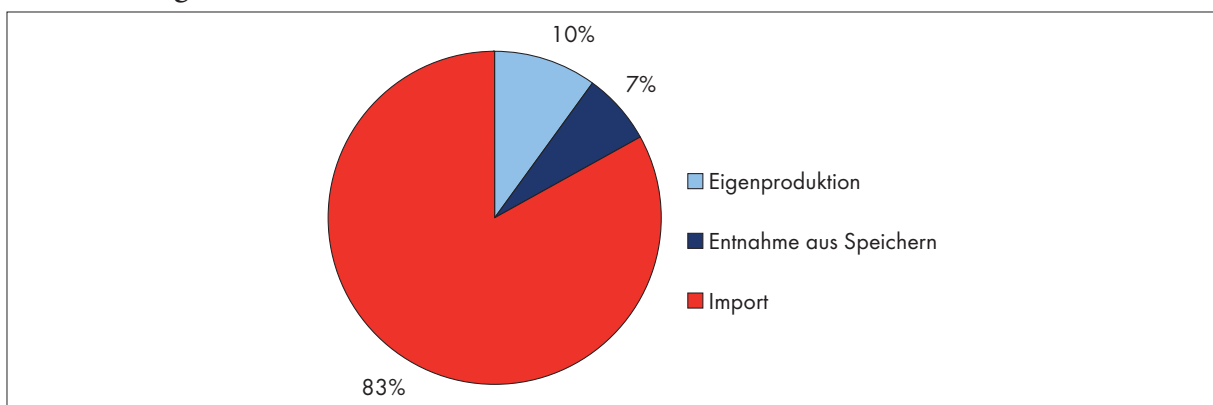
Der russisch-ukrainische Erdgashandel

Grafik 1: Primärenergieverbrauch der Ukraine

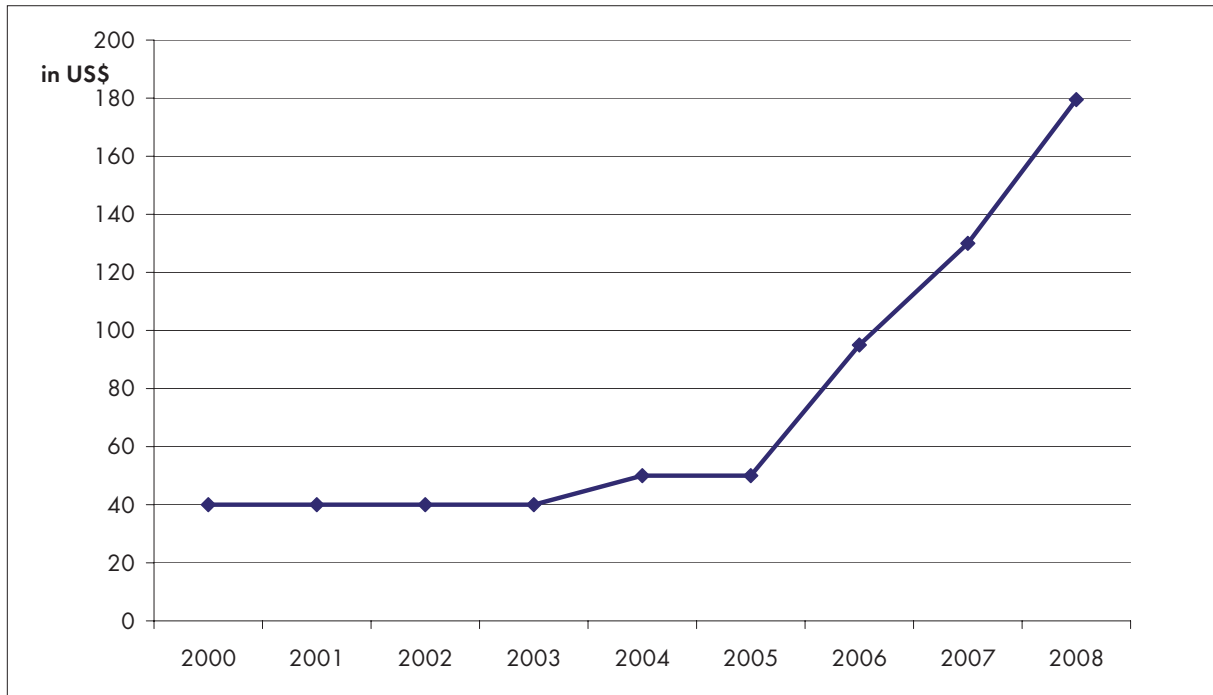


Quelle: Ukrainisches Energieministerium, <http://www.mpe.energy.gov.ua/>

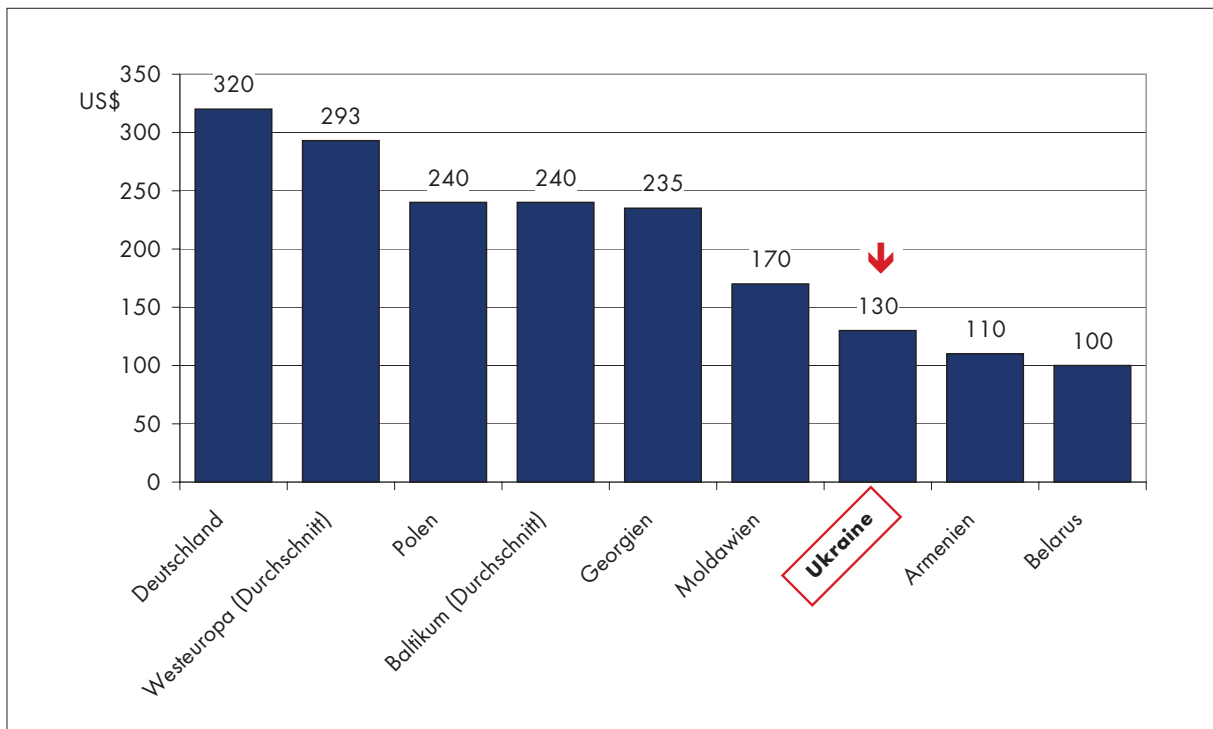
Grafik 2: Erdgasaufkommen in der Ukraine (2006)



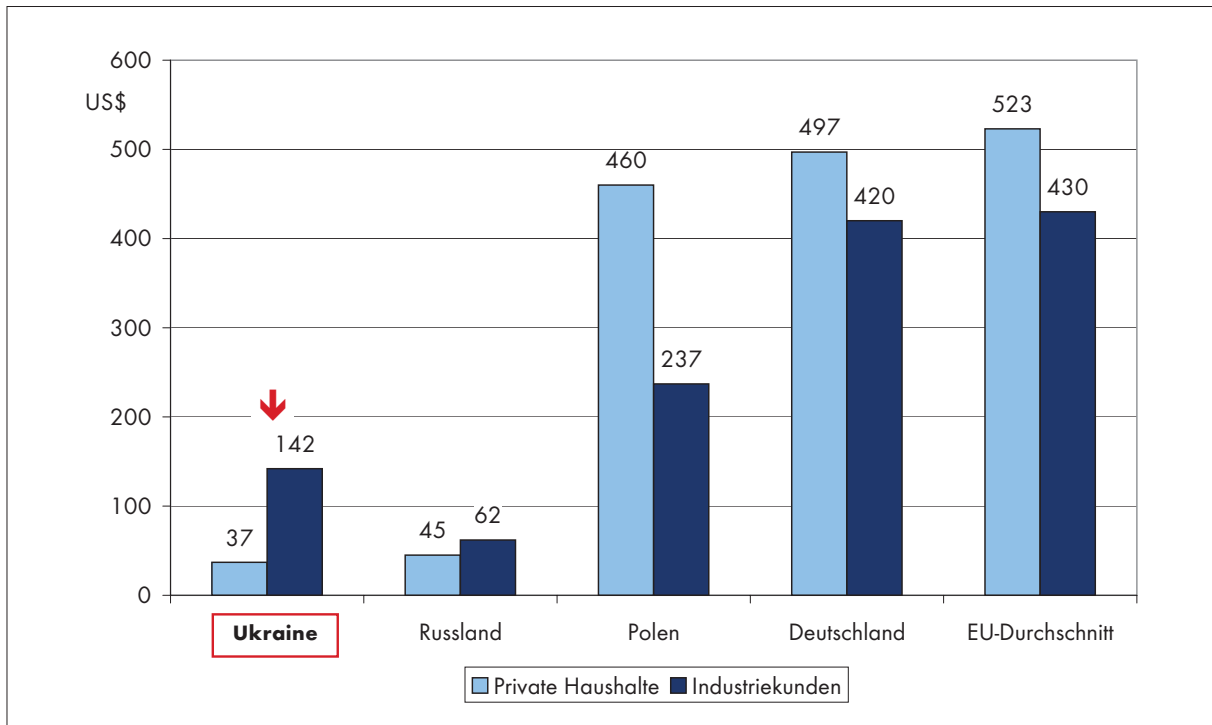
Quelle: Ukrainisches Energieministerium, <http://www.mpe.energy.gov.ua/>

Grafik 3: Ukrainische Importpreise für Erdgas 2000–2008


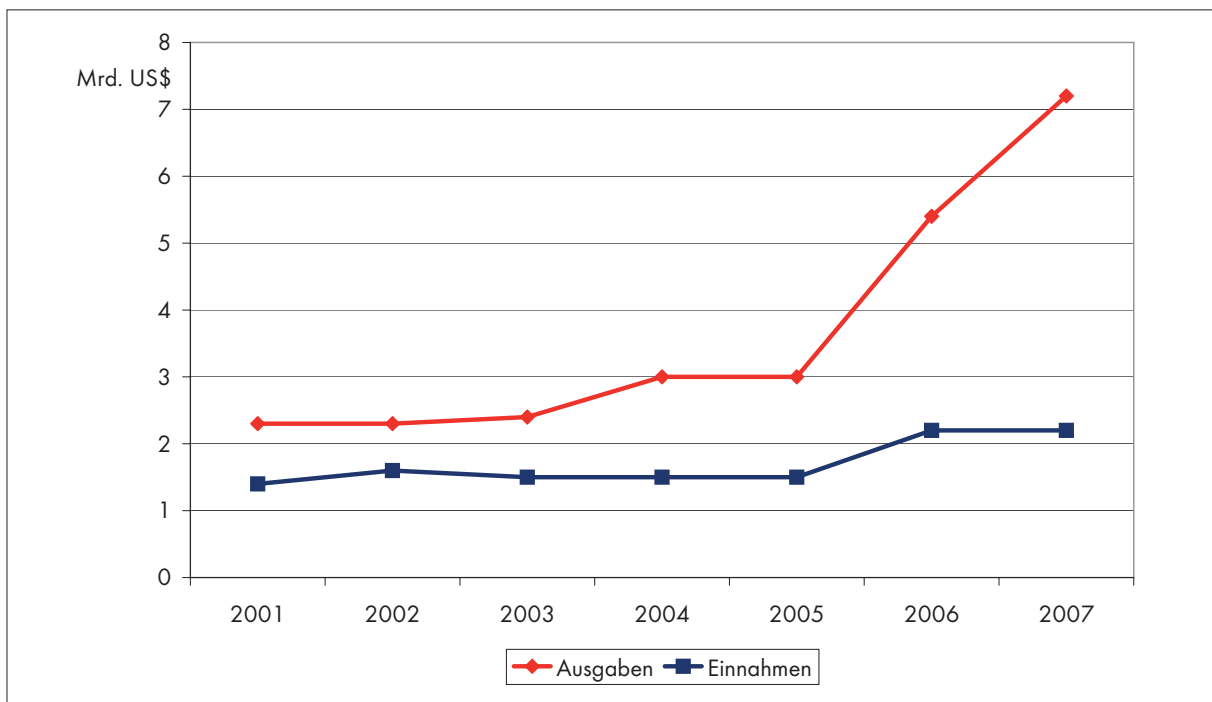
Quelle: Institute for Economic Research and Policy Consulting, Kiew, http://ier.org.ua/papers_en/v12_en.pdf

Grafik 4: Gazproms Lieferpreise 2007 (in US-Dollar pro 1000 m³)


Quelle: Simon Pirani: *Ukraine's gas sector*, Oxford Institute for Energy Studies, Juni 2007, S.27, <http://www.oxfordenergy.org/pdfs/NG21.pdf> und Bank of Finland Institute for Economics in Transition, www.bof.fi/bofit

Grafik 5: Erdgaspreise auf dem Binnenmarkt 2006 (in US-Dollar per 1000 m³)


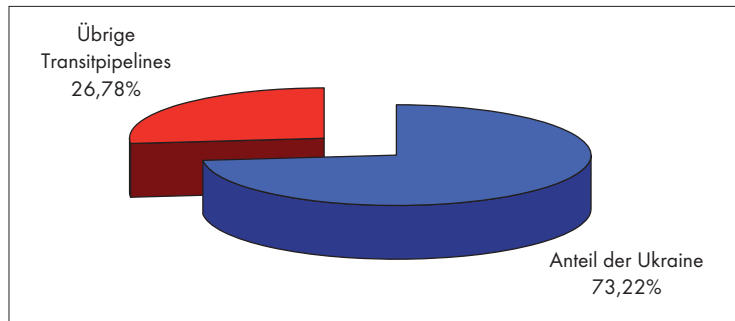
Quelle: Simon Pirani: *Ukraine's gas sector*, Oxford Institute for Energy Studies, Juni 2007, S.26, <http://www.oxfordenergy.org/pdfs/NG21.pdf>

Grafik 6: Ausgaben der Ukraine für Erdgasimporte und Einnahmen aus Erdgastransit (Mrd. US-Dollar)


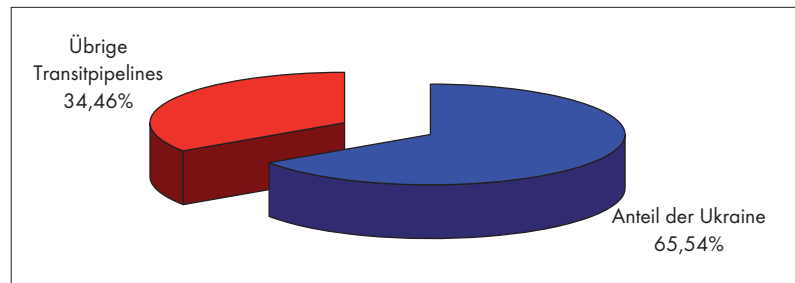
Quellen: Ausgaben: eigene Berechnung basierend auf Angaben des Ukrainischen Energieministeriums, <http://www.mpe.energy.gov.ua/> und Grafik 4, Wert für 2007: eigene Schätzung; Transiteinnahmen: Simon Pirani: *Ukraine's gas sector*, Oxford Institute for Energy Studies, Juni 2007, S.84; <http://www.oxfordenergy.org/pdfs/NG21.pdf>.

Grafik 7: Anteil der Ukraine an Transitpipelines für russisches Erdgas

2005



2010


Tabelle 1: Pipelinekapazitäten für russische Erdgasexporte

Pipeline	Verlauf	Kapazität 2005	Kapazität 2010
Bruderschaft/Union (sowjetisches Netz)	Russland – Ukraine – Mitteleuropa	130 Mrd. m ³	130 Mrd. m ³
Polarlicht (sowjetisches Netz)	Russland – Belarus – Ukraine – Mitteleuropa	25 Mrd. m ³	25 Mrd. m ³
Transbalkan (sowjetisches Netz)	Russland – Ukraine – Balkan	20 Mrd. m ³	20 Mrd. m ³
Finland Connector (sowjetisches Netz mit Erweiterung von 1999)	Russland – Finnland	20 Mrd. m ³	20 Mrd. m ³
Jamal (Inbetriebnahme 1999)	Russland – Belarus – Polen – Westeuropa	28 Mrd. m ³	28 Mrd. m ³
Blue Stream (Inbetriebnahme 2002)	Russland – Schwarzes Meer – Türkei	16 Mrd. m ³	16 Mrd. m ³
Ostsee (NEGP, voraussichtliche Inbetriebnahme 2010)	Russland – Ostsee – Deutschland	–	28 Mrd. m ³
Gesamt		239 Mrd. m ³	267 Mrd. m ³

Quelle: Forschungsstelle Osteuropa – eigene Zusammenstellung.

Pressestimmen

Der Beitritt der Ukraine zur Welthandelsorganisation WTO

Einführung

Am 5. Februar 2008 unterzeichneten der Generalsekretär der WTO Pascal Lamy und der ukrainische Präsident Viktor Juschtschenko in Genf das abschließende Beitrittsprotokoll, das der Ukraine den Weg in die Welthandelsorganisation ebnet. Das ukrainische Parlament hat nun bis zum 4. Juli 2008 Zeit, um diesen Beschluss zu ratifizieren. Die Ukraine würde dann 30 Tage später formal Mitglied der WTO werden.

Mit diesem letzten Schritt gehen über 14 Jahre Verhandlungen zu Ende, die längsten, die es je bei einer Neuaufnahme gegeben hat: Die Ukraine hatte ihren Antrag auf Mitgliedschaft bereits am 30. November 1993 eingereicht.

Die beiden letzten Schwierigkeiten, die die Ukraine im Zuge der Beitrittsverhandlungen zu bewältigen hatte, waren die bilateralen Verhandlungen mit der Republik Kirgistan und der Europäischen Union.

Kirgistan ist bereits seit 1998 als erster GUS-Staat WTO-Mitglied und besitzt damit die Möglichkeit, die Beitrittsverhandlungen neuer Mitglieder zu blockieren. Das zentralasiatische Land hatte bis zum Ende vergangenen Jahres verlangt, dass die Ukraine umgerechnet 28 Millionen US-Dollar an Altschulden aus der Zeit des Zusammenbruchs der UdSSR begleicht. Die Ukraine hat diese Schulden jedoch nie anerkannt und die entsprechenden Forderungen immer wieder zurück gewiesen. Von Seiten der kirgisischen Opposition wurde zudem behauptet, dass die Ukraine weniger aus eigenem Antrieb, sondern vielmehr auf Druck Russlands handle, das verhindern wolle, dass die Ukraine vor Russland WTO-Mitglied wird. Im November 2007 gab Kirgistan seine Veto-Position schließlich auf und unterzeichnete ein bilaterales Beitrittsprotokoll mit der Ukraine. Im Gegenzug versicherte die Ukraine, das geltende Freihandelsabkommen mit Kirgistan beizubehalten.

Schließlich wurde die Ukraine auf ihrem Weg in die WTO noch von der EU verlangsamt, die kurz vor Abschluss der Verhandlungen neue Forderungen erhob und damit den für Dezember 2007 geplanten Beitritt abermals verschob. So sollte die Ukraine noch vor dem Beitritt zur WTO alle Ausfuhrzölle abschaffen. Die Ukraine weigerte sich allerdings so weit reichende Vorleistungen zu erbringen, die zudem ohne Präzedenzfall waren. Die beiden Parteien einigten sich schließlich darauf, dass die Ukraine ihre Ausfuhrzölle auf vier Produktgruppen (Metall, Leder, Lebendvieh und Sonnenblumenkerne) sofort nach dem Beitritt senken werde und zudem keine neuen Abgaben auf Exporte erheben werde. Zudem wurde vereinbart, auf mittlere Sicht eine Freihandelszone zwischen der EU und der Ukraine zu etablieren. Die Verhandlungen hierzu begannen bereits am 18. Februar 2008, also knapp zwei Wochen nach der Unterzeichnung des Beitrittsprotokolls.

Die Mitgliedschaft in der WTO verlangt von der Ukraine, die Zölle auf Industrieprodukte auf durchschnittlich 5 % und auf landwirtschaftliche Erzeugnisse auf durchschnittlich 11 % zu senken. Für eine ganze Reihe von Produkten, inklusive Stahl, Pharmazeutika, Holz und Computertechnologie, werden die Abgaben vollständig abgebaut. Darüber hinaus hat Kiew zugestimmt, in Zukunft keine Exportsubventionen mehr zu zahlen und handelsverzerrende Subventionsleistungen auf einen Höchstbetrag von umgerechnet 613 Millionen US-Dollar zu begrenzen.

Die positive Entwicklung bei den Exporten und eine stabile Binnennachfrage haben der Ukraine ein acht Jahre anhaltendes Wirtschaftswachstum beschert. Allein im vergangenen Jahr wies das BIP eine Zuwachsrate von 7 % auf. Wegen der nun vermehrt ins Land kommenden ausländischen Produkte, werden auch einige der Kernsektoren zu schmerzhaften Anpassungsprozessen gezwungen sein. Hierzu gehören die Zuckerproduktion und die schnell wachsende Automobilindustrie. Ingesamt wird jedoch erwartet, dass sich die WTO-Mitgliedschaft für die ukrainische Wirtschaft positiv auswirkt und zudem einen Anstieg an ausländischen Direktinvestitionen mit sich bringt.

Florian Munder

Pressemitteilung der WTO

Die WTO heißt die Ukraine als neues Mitglied willkommen (05.02.08)

Die Generalversammlung hat heute grünes Licht für den Beitritt der Ukraine gegeben und damit den Weg für ihre Mitgliedschaft in der WTO freigemacht.

»Die Mitgliedschaft in der WTO stärkt das internationale Handelsregime und stattet das Land mit einem stabilen und verlässlichen Handelsumfeld aus, das Wachstum und Wohlstand der Ukraine ankurbeln wird. [...]«, erläuterte Generaldirektor Pascal Lamy.

Der ukrainische Präsident Juschtschenko erklärte: »Die Mitgliedschaft der Ukraine in der WTO ist ein wahrhaft historischer Moment und ein entscheidender Meilenstein in der Entwicklung unserer Wirtschaft. Wir sind davon überzeugt, dass unsere Anstrengungen Früchte tragen werden und uns erlauben, engere wirtschaftliche Beziehungen weltweit aufzubauen.« [...]

Quelle: http://www.wto.org/english/news_e/pres08_e/pr511_e.htm

Interfax Ukraine

Die Generalversammlung der Welthandelsorganisation billigt das Protokoll zum Beitritt der Ukraine (05.02.08)

[...] Derzeit gibt es keine vollständigen Berichte über die Bedingungen, unter denen die Ukraine der Organisation beigetreten ist, da die Ergebnisse der bilateralen Abmachungen vertraulich gehandhabt werden. Laut ukrainischem Wirtschaftsministerium sollen nach dem Beitritt der Ukraine zur WTO weitere elf Gesetze und Dokumente unterzeichnet werden. Diese regeln insbesondere die Ausfuhrzölle auf Sonnenblumenkerne, Altmetalle, Tierhäute und Lebewild. Die Unstimmigkeiten hierüber hatten den Beitrittsprozess der Ukraine zur WTO Ende 2007 verlangsamt. Entsprechend der nun beschlossenen Abkommen werden die Zölle für eine Übergangsperiode von zwei bis fünf Jahren gültig sein.

Quelle: <http://www.interfax.com.ua/en/news/main-news/104790/>

Internetzeitung Gazeta.ru

Wettrennen um WTO-Beitritt: Ukraine vor Russland am Ziel (05.02.08)

[...] Für die Ukraine bedeutet der WTO-Beitritt einen weiteren wirtschaftlichen Schritt in Richtung Europa, stellt Alexej Makarkin, Vizegeneraldirektor des Zentrums für politische Technologien, fest. Die Ukraine habe mehrmals betont, sie sei an einem einheitlichen Wirtschaftsraum mit Russland, Weißrussland und Kasachstan nicht interessiert. Andererseits hofft Kiew darauf, dass die WTO-Mitgliedschaft ihr bei den Verhandlungen mit der EU über die Schaffung einer Freihandelszone helfen könnte. [...]

Quelle: <http://www.gazeta.ru/financial/2008/02/05/2625701.shtml>

Izvestija (Moskau)

Ukraine hat den Tag der WTO erwartet (05.02.08)

[...] In der Präsidialverwaltung von Juschtschenko feiern sie diesen Sieg. Im russischen Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Handel seufzen sie. In der Tat haben wir den Wettlauf in die WTO vor langer Zeit, im Jahr 1993, gleichzeitig begonnen. Die Ukraine ist hierbei an uns vorbei gezogen, wobei diese Entwicklung präzise nach dem kürzlichen Sieg der »Orangenen« bei den Wahlen eingetreten ist. Uns hingegen haben die ganze Zeit die Beanstandungen entweder von Georgien oder von anderen »pro-westlichen« Staaten behindert. Die Sieger in Kiew verhehlen nicht, dass sie der Europäischen Union näher stehen, als Russland. [...]

Quelle: <http://www.izvestia.ru/ukraina/article3112713/>

Der Tagesspiegel (Berlin)

Ukraine tritt der WTO bei (05.02.08)

GANZE 15 Jahre dauerten die Verhandlungen – nun steht die Ukraine kurz vor dem Beitritt zur Welthandelsorganisation. Präsident Viktor Juschtschenko und WTO-Chef Pascal Lamy unterzeichneten in Genf die Papiere. [...]

Ziel der Ukrainer war es immer, der Organisation mit derzeit 151 Mitgliedstaaten noch vor Russland beizutreten. Wäre Russland zuerst Mitglied geworden, hätte dies die WTO-Aufnahme der Ukraine wegen der Konflikte zwischen beiden Ländern unter Umständen erschwert. [...] Die Europäische Union hatte den Beitritt befürwortet, um ein Freihandelsabkommen mit dem Land abzuschließen, das an die EU-Mitgliedstaaten Polen, Ungarn, Slowenien und Rumänien grenzt.

Quelle: <http://www.tagesspiegel.de/politik/international/Ukraine:art123,2470606>

New York Times (New York)

Die Ukraine wird WTO-Mitglied (05.02.08)

[...] Der Vertragsabschluss macht den Weg für ein Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union frei. Während die EU den Beginn von Beitrittsverhandlungen ablehnte – ein Ziel das Juschtschenko verfolgt – ließ sie die Tür für Diskussionen im Bezug auf ein Freihandelsabkommen offen, unter der Bedingung, dass die Ukraine zuerst der WTO beitrifft.

Bis auf weiteres wird die WTO-Mitgliedschaft der Ukraine als ein Druckmittel bei der Beilegung der Handelsstreitigkeiten mit Russland über Stahl, Milchprodukte und Zucker dienen. Russland bemüht sich um eine Mitgliedschaft in der WTO, aber da die Ukraine diese bereits besitzt, kann sie nach den Regeln der Handelsorganisation ein Veto gegen den Beitritt Russlands einlegen. So hat Georgien zum Beispiel angedroht, sein Veto zu nutzen, sollte Moskau nicht den Importstopp von georgischem Wein aufheben. [...]

Quelle: http://www.nytimes.com/2008/02/05/business/05cnd-trade.html?_r=1&ei=5088&en=bc48689709f68e36&ex=1359954000&oref=slogin&partner=rssnyt&emc=rss&pagewanted=print

Die Tageszeitung (Berlin)

Ukraine setzt auf Welthandel (05.02.08)

[...] Vor allem die Stahl- und die Düngemittelindustrie hofft darauf, [durch die WTO-Mitgliedschaft] künftig mehr exportieren zu können. 40 Prozent der ukrainischen Ausfuhren sind Metalle. »Und die Erfahrung anderer Länder zeigt, dass ein WTO-Beitritt mehr Investitionen, neue Technologien und Know-how für die Industrie bringen«, sagt Vassily Astrov [der Ukraine-Experte des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche]. Ausländische Anleger waren zwar schon bisher gekommen – allerdings in erster Linie als Käufer von Banken und Versicherungen: So kaufte etwa die Commerzbank die Forum-Bank, die österreichische Raiffeisen-Bank, die Aval, die italienische Unicredit die Ukrsofs-Bank und die französische BNP Paribas erwarb die Mehrheit an der Ukrsofsib.

Probleme könnte der Beitritt vor allem Bauern machen. Die Importzölle auf landwirtschaftliche Produkte werden von 11,05 auf 10,61 Prozent sinken; ukrainische Fleisch- und Milchprodukte könnten im Laden unter Wettbewerbsdruck geraten, schätzt [Astrov]. [...]

Kommentar: Schritt nach Westen (06.02.08)

Die Ukraine wird von ihrem Beitritt zur WTO wirtschaftlich enorm profitieren – als Land niedriger Löhne kann sie nun problemlos auf dem europäischen Markt konkurrieren, und Kredite für die investitionshungrige ostukrainische Schwerindustrie sind auch leichter zu erlangen. Aber für Präsident Wiktor Juschtschenko, für Ministerpräsidentin Julia Timoschenko und für ihre Wähler ist der Beitritt auch ein gewaltiger politischer Schritt des Landes nach Westen. Dem gaben sie in ihrem öffentlichen Jubel auch klar Ausdruck. Für sie handelt es sich um einen Schritt zur geografischen Neubestimmung Osteuropas; das soll künftig östlich und nördlich der ukrainisch-russischen Grenze beginnen. [...]

Quellen: <http://www.taz.de/1/zukunft/wirtschaft/artikel/1/ukraine-setzt-auf-welthandel/?src=MT&cHash=7683584ee1> und <http://www.taz.de/1/debatte/kommentar/artikel/1/schritt-nach-westen/?src=MT&cHash=fb492819f9&type=98>

Kommersant (Moskau)

Die Ukraine schlägt Russland beim WTO-Beitritt (06.02.08)

[...] Offiziell hat die Ukraine keine neuen Forderungen an Russland. Die WTO-Mitgliedschaft gibt ihr jedoch das Recht an den Beitrittsverhandlungen anderer Staaten teilzunehmen, was ein Grund für russische Bedenken ist. Die zusätzlichen Verhandlungen könnten auch Russlands Beitrittsverhandlungen verlangsamen. [...]

Sergej Terechin, Mitglied des Steuer- und Zollausschusses der Werchowna Rada gestand ein, dass die Ukraine einige Forderungen an Russland haben werde. »Zunächst«, sagte er, »sind wir an der Abschaffung der Quoten auf

unsere Exporte von Zucker, Alkohol und großkalibrigen Röhren interessiert. Die Abschaffung dieser Quoten ist für 2011 geplant, dies ist uns aber zu spät. Zweitens, werden wir auf die Abschaffung der Abgaben auf russisches Rohöl bestehen, da wir dies als eine Form der Subvention für den Endverbraucher ansehen. Darüber hinaus muss Russland seine Antimonopol-Gesetzgebung an die Normen der WTO und des GATT angleichen. [...]

Quelle: http://www.kommersant.com/p849671/WTO_membership/

Neue Zürcher Zeitung (Zürich)

Kiew im Rausch des WTO-Erfolgs (07.02.08)

[...] Nach 14 Jahren harter Verhandlungen ist damit die Ukraine noch vor Russland der WTO beigetreten – ein enormer Prestigeerfolg für das Land, das von einem guten Teil der russischen politischen Elite noch heute mit größter Herablassung und teilweise offener Feindseligkeit behandelt wird. Vor allem Juschtschenko hat allen Grund zur Genugtuung. Er hatte den Ukrainern nach der orangen Revolution 2004 die Mitgliedschaft innert eines Jahres versprochen, wurde aber durch den hartnäckigen Widerstand im Parlament und andauernden Zwist in den eigenen Reihen zu einem langsameren Kurs gezwungen.

Die Auswirkungen des WTO-Beitritts werden ganz unterschiedlicher Art sein. Zum einen wird er der Ukraine zahlreiche neue Absatzmärkte erschliessen, wovon vor allem die klassischen Exportschlager Stahl und Chemie massiv profitieren werden. Zum anderen wird er das Land aber auch einem grösserem Wettbewerbsdruck aussetzen. Vor allem der Agrarsektor und die Autoindustrie stehen vor enormen Herausforderungen. Politisch brisant ist, dass Kiew schon bald ein sehr brauchbares Druckmittel gegenüber Moskau in der Hand haben wird. [...]

Quelle: http://www.nzz.ch/nachrichten/wirtschaft/aktuell/kiew_im_rausch_des_wto-erfolgs_1.666978.html

Vedomosti (Moskau)

Pro Europa: Handelsverträge und Handelskriege (11.02.08)

[...] 16 Jahre ist es her, dass die Sowjetunion gütlich auseinander gebrochen ist [...] und mehr als drei Jahre sind seit der Orangen Revolution vergangen. Trotzdem sieht man in Moskau die Ukraine nach wie vor nicht als einen potenziellen Alliierten oder einen Vertreter der eigenen Interessen, sondern viel eher als einen gefährlichen Gegner. Anstatt die Integration des Landes in die europäischen und sogar atlantischen Institutionen zu unterstützen und dann die nach wie vor lebendige Tradition der Freundschaft zur Durchsetzung eigener Interessen oder der Verhinderung unvorteilhafter Beschlüsse zu nutzen, fühlen wir uns von jedem Schritt der Ukraine in Richtung EU beleidigt.

Wenn im Kreml Menschen säßen, die die Fähigkeit besitzen, die richtigen Lehren aus der Geschichte zu ziehen, könnten sie die Ukraine analog zu Großbritannien betrachten, durch deren Beitritt zur EU im Jahre 1973 die USA ziemlich genau einen solchen »Agenten« im vereinigten Europa bekamen, wodurch die EU nicht mehr in der Lage war, scharfe anti-amerikanische Positionen einzunehmen. Aber so weit blickend zu sein, dazu sind wir nicht in der Lage; wir können uns nur entrüsten. [...]

Quelle: <http://www.vedomosti.ru/newspaper/article.shtml?2008/02/11/141389>

Zusammengestellt und übersetzt von Florian Munder

Lesetipp:

- Ihor Burakovsky/ Lars Handrich/ Lutz Hoffmann (Ed.): Ukraine's WTO Accession: Challenge for Domestic Economic Reforms, Heidelberg, Physica Verlag, 2004, ISBN: 3790801372
- Homepage der WTO zum Beitritt der Ukraine: http://www.wto.org/english/thewto_e/acc_e/a1_ukraine_e.htm

Analyse

Die Stahlindustrie in der Ukraine

Von Halyna Kokhan, Kiew

Einleitung

Die Ukraine ist der achtgrößte Stahlproduzent der Welt. Die Stahlindustrie ist dementsprechend für die ukrainische Wirtschaft von zentraler Bedeutung. Sie trägt etwa ein Viertel zum Bruttosozialprodukt des Landes bei, ihre Exporte erbringen 40 % der gesamten Deviseneinnahmen des Landes und ihr Energieverbrauch hat einen Anteil von einem Zehntel am Gesamtverbrauch.

Mit dem Ende der Sowjetunion befand sich die ukrainische Stahlindustrie in einer Krise. Die Eisenerz- und die Stahlproduktion halbierten sich bis Mitte der 1990er Jahre. Ende der 1990er Jahre begann dann ein kontinuierlicher Anstieg der Produktionszahlen, der aufgrund stark gestiegener Weltmarktpreise auch die Profitabilität der Branche deutlich erhöhte.

Die ukrainische Stahlindustrie arbeitet aber zu einem großen Teil noch mit veralteten sowjetischen Produktionsanlagen, deren durchschnittlicher Abnutzungsgrad bereits bei über 60 % liegt. Eine hohe Verunreinigung der einheimischen Eisenerze erschwert zudem die Anwendung des modernen und umweltfreundlichen Elektrostahlverfahrens. Auch der hohe Schwefelanteil der heimischen Kohle stellt die Stahlindustrie vor Probleme.

Im Ergebnis produziert die Ukraine vor allem Rohstahl und Halbfertigprodukte von minderer Qualität, die vor allem aufgrund der niedrigen Produktionskosten international wettbewerbsfähig sind. Die Arbeitskosten in der ukrainischen Stahlindustrie liegen sogar leicht unter dem chinesischen Wert und Energie ist zu mittlerweile deutlich steigenden aber immer noch niedrigen Preisen erhältlich. Es wird aber immer deutlicher, dass roh- und halbfertige Erzeugnisse auf dem Weltmarkt weniger gefragt sind. Die Nachfrage nach hochqualitativem Stahl steigt hingegen.

Rohstoffvorkommen

Die Ukraine verfügt über die viertgrößten Eisenerzvorräte der Welt (27 Mrd. Tonnen; nach Russland, Brasilien und Australien) und nimmt den sechsten Platz bei der Eisengewinnung ein (48 Mio. Tonnen; nach China, Brasilien, Australien, Indien und USA). Das größte Eisenerzvorkommen befindet sich im Krivorizkij Rajon in der Region Dnipropetrowsk, wobei 75 % des Eisenerzes im Tagebau gewonnen werden. Die sehr eisenhaltigen Erzvorkommen (mit einem Eisenanteil bis zu 60 %) sind bereits fast vollständig erschöpft. Heute werden deshalb eisenärmere Erze (mit einem Eisen-

anteil bis zu 35 %) abgebaut, die entsprechend größere Abraummengen verursachen. Das Erz wird im weiteren Verlauf angereichert und mehr als die Hälfte davon an Stahlwerke im europäischen Teil Russlands, in der Slowakei, Ungarn und Polen geschickt.

Das Bassin Pridneprowskij, ebenfalls in der Region Dnipropetrowsk gelegen, ist das zweitgrößte Manganerzvorkommen der Welt und hat derzeit die weltweit größten Produktionszahlen. Der Abbau erfolgt hier zu zwei Dritteln über und zu einem Drittel unter Tage.

Die für die Stahlproduktion ebenfalls erforderliche Kokssteinkohle kommt zu über der Hälfte aus den Kohlegruben und Kokereien des Donbass, der die Regionen Donezk und Luhansk umfasst. Die geographische Verteilung der Rohstoffe erklärt die regionale Konzentration der Schwerindustrie. In den Regionen Dnipropetrowsk, Donezk und Luhansk ist die Stahlindustrie seit langem von zentraler Bedeutung.

Die großen Stahlkonzerne

In der Ukraine gibt es insgesamt 12 Stahlwerke, die weitgehend privatisiert worden sind. Die Industrial Union of Donbass und die Metinvest Holding von Rinat Achmetow kontrollieren je zwei Stahlwerke. Metinvest ist darüber hinaus stark in der Eisenerzproduktion engagiert. Die übrigen Stahlwerke gehören überwiegend ukrainischen Unternehmern. Das größte Stahlwerk des Landes wurde jedoch 2005 an den internationalen Stahlkonzern ArcelorMittal verkauft. Mit dem Erscheinen des weltweit größten Stahlproduzenten ArcelorMittal auf dem ukrainischen Markt wird der Globalisierungsprozess in der Stahlindustrie sichtbar. Aber auch einige russische Firmen sind auf den Markt getreten (z. B. BAT »Severstal«, SAT »Metalloinvest«, Magnitogorskij Stahlwerk).

Gleichzeitig haben die ukrainischen Stahlkonzerne auch im Ausland investiert. Sie haben vier Stahlwerke in der EU übernommen (Huta Chestochowa in Polen, Dunafer und DAM Steel in Ungarn, sowie Ferreria Valsider in Italien) und eine Reihe von Handels-

firmen in Europa aufgekauft (Ungarn, Italien, Polen und Schweiz).

Produktionstechnik und Produktionskosten

Die ukrainische Stahlindustrie ist sowohl bezüglich des Rohstoff- und Energieverbrauchs als auch bezüglich der Arbeitsproduktivität der Beschäftigten im internationalen Vergleich extrem ineffizient. Die Ukraine ist eines der wenigen Länder, in denen das Siemens-Martin-Verfahren noch Anwendung findet. Es handelt sich dabei um ein veraltetes Verfahren zur Reinigung von Roh-eisen mit dem Ziel der Stahlgewinnung bei hohem Energieverbrauch. In anderen Industrieländern wird für die Stahlproduktion vorwiegend das Elektrostahlverfahren oder das Sauerstoff-Konverter-Verfahren eingesetzt. In der Ukraine blieben die alten Verfahren lange Zeit rentabel, weil das für die Stahlföfen benötigte Gas sehr preiswert von Russland erworben werden konnte und damit auch Eisenerze von niedriger Qualität zu akzeptablen Preisen weiterverarbeitet werden konnten.

Trotzdem hat die ukrainische Stahlindustrie nach Schätzungen der Weltbank die russischen Preiserhöhungen für Erdgas gut überstanden. Aufgrund der parallel steigenden Weltmarktpreise für Stahl konnte die Branche ihre Rentabilität sogar leicht steigern.

Position auf den Weltmärkten

Die Stahlindustrie in der Ukraine exportiert 80 % der eigenen Produktion und ist damit der viertgrößte Stahl-exporteur der Welt. Die Exporte der Stahlindustrie haben einen Anteil von einem Drittel an den gesamten Güterexporten des Landes. Die Ukraine exportiert vor allem Rohstahl und halbfertige Produkte, die einen sehr niedrigen Mehrwert haben. Der Großteil der Stahl-

exporte ging in die Länder Asiens, Afrikas und des Nahen Ostens, während die Exporte auf den europäischen und den amerikanischen Markt durch Quoten und Zölle eingeschränkt wurden. Die Stahlindustrie des Landes sah sich von 1995 bis 2004 mit insgesamt 51 Anti-Dumping Maßnahmen konfrontiert, was weltweit den 13. Platz bedeutete.

Die Ukraine ist jedoch am Ausbau ihres Zugangs zum EU-Markt interessiert, um ihre hohe Abhängigkeit von den asiatischen Märkten zu reduzieren. Die Übernahme von Stahlwerken in der EU durch ukrainische Konzerne sowie der Beitritt zur Welthandelsorganisation WTO und die gerade aufgenommenen Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit der EU stellen hier wichtige Schritte dar. Eine Aufhebung der ukrainischen Zölle auf Stahlprodukte wurde im Januar 2008 bereits mit der EU vereinbart.

Ausblick

Aufgrund der im internationalen Vergleich extrem hohen Überalterung der Produktionsanlagen hat die ukrainische Stahlindustrie einen hohen Modernisierungsbedarf. Dies bedeutet aber gleichzeitig auch die Chance auf einen Technologiesprung und eine dynamische Entwicklung in der Zukunft. Aber auch die anderen stahlexportierenden Länder investieren weiterhin stark in die Stahlindustrie und die Ukraine darf hier nicht ins Hintertreffen geraten. Die Vorteile ukrainischer Stahlproduzenten gegenüber der Konkurrenz sind: ein guter Zugang zu den europäischen Abnehmern und niedrige Produktionskosten. Der Beitritt der Ukraine zur WTO ist ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Position der ukrainischen Stahlproduzenten auf den Weltmärkten.

Übersetzung: Lina Pleines

Über die Autorin:

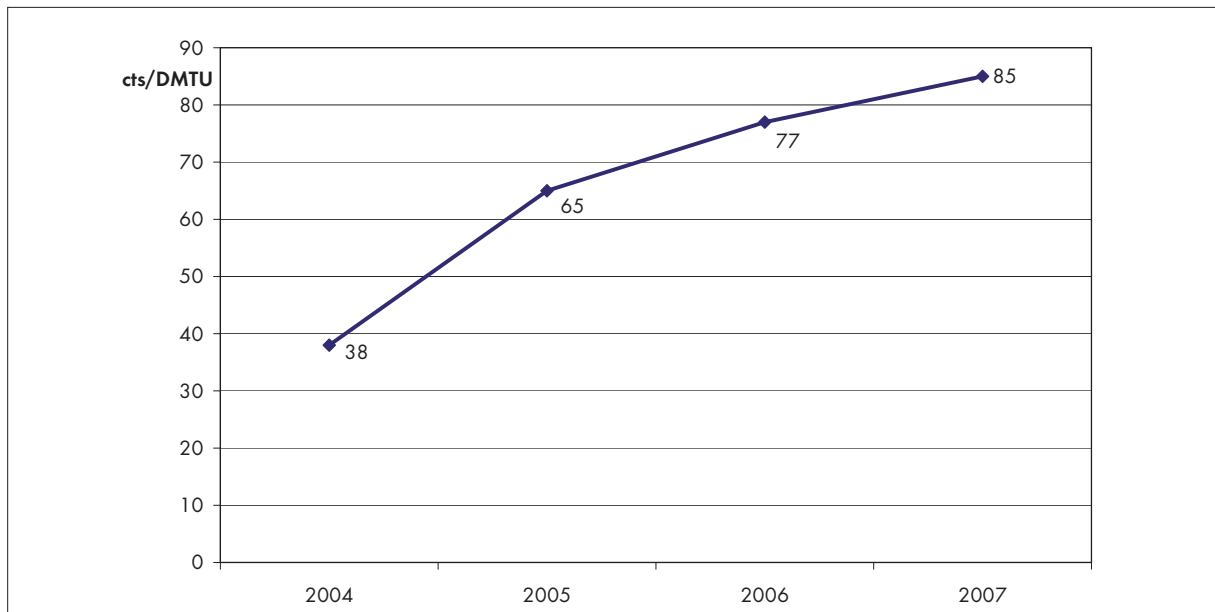
Halyna Kokhan arbeitet für den American Council for International Education und als freie Journalisten für *Arhumenty i fakty w Ukraine*. Sie hat einen B.A. in Politikwissenschaft (National University Ostroh Academy, Region Rivne) und einen M.A. in Politikwissenschaft (Europa-Studien) der National University Kyiv-Mohyla Academy. Derzeit promoviert sie am Institut für ethnische und politische Studien der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften in Kiew.

Tabellen und Grafiken zum Text

Die ukrainische Eisenerz- und Stahlindustrie

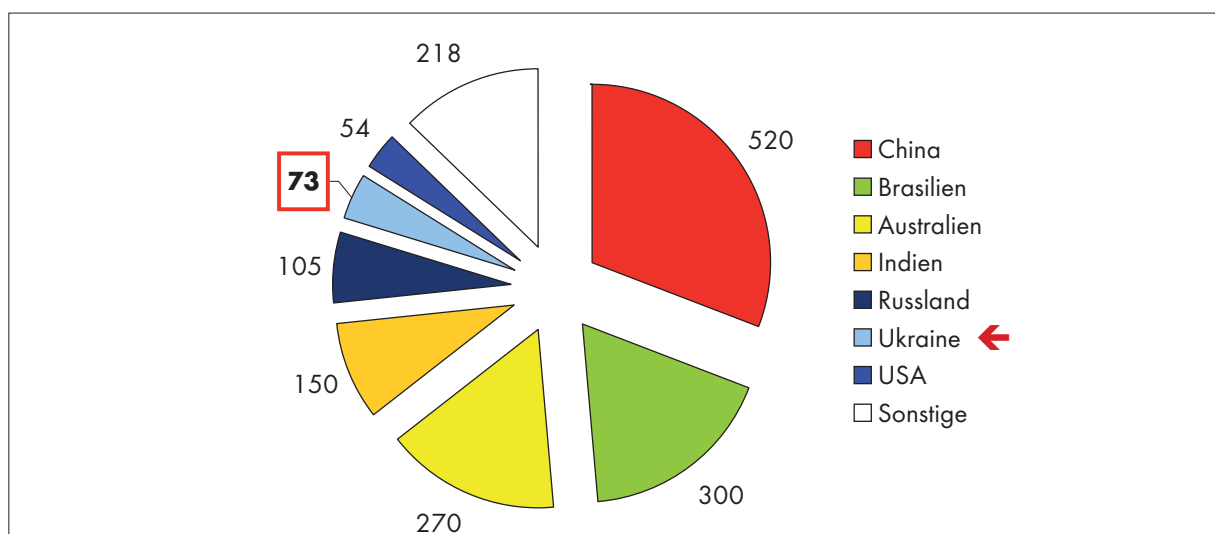
Teil 1: Eisenerzförderung

Grafik 1: Entwicklung des Weltmarktpreises für Eisenerz (cents per dry metry ton unit)

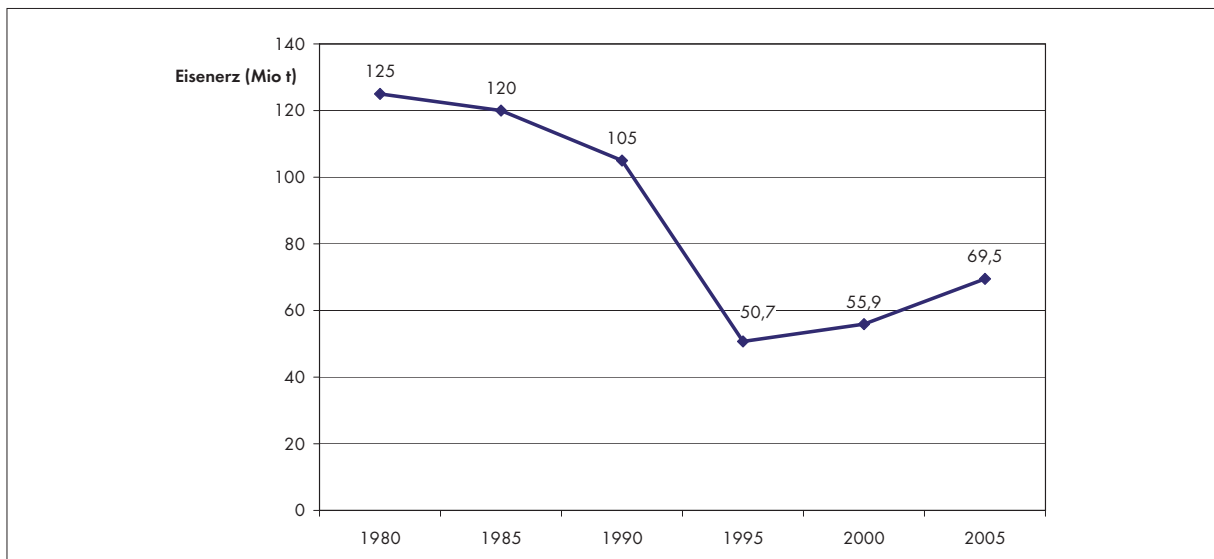


Quelle: International Monetary Fund, <http://www.imf.org/external/np/res/commod/index.asp>

Grafik 2: Anteil der Ukraine an der weltweiten Eisenerzförderung 2006 (in Mio. t)



Quelle: USGS - U.S. Geological Survey, http://minerals.usgs.gov/minerals/pubs/commodity/iron_ore/feoremcs07.pdf

Grafik 3: Die Entwicklung der ukrainischen Eisenerzproduktion 1980–2005


Quelle: Staatliches Ukrainisches Statistikkomitee, <http://www.ukrstat.gov.ua>

Tabelle 1: Die weltweit größten Eisenerzproduzenten 2007

Unternehmen	Land	Produktionskapazität (Mio. t)
CVRD Gruppe	Brasilien	323,8
Rio Tinto Gruppe	UK	209,3
BHP Billiton Gruppe	Australien	151,6
Mittal Arcelor	UK	74,6
Privat Intertrading	Ukraine	46,0
Metalloinvest	Russland	44,1
Metinvest Holding	Ukraine	38,6
Anshan Iron & Steel	China	37,0
Evrzholding	Russland	36,5
Cleveland Cliffs	USA	34,8

Quelle: GLOBAL IRON & STEELMAKING PLANT INFORMATION, Plant data analysis from James King, <http://www.steelonthenet.com/plant.html>

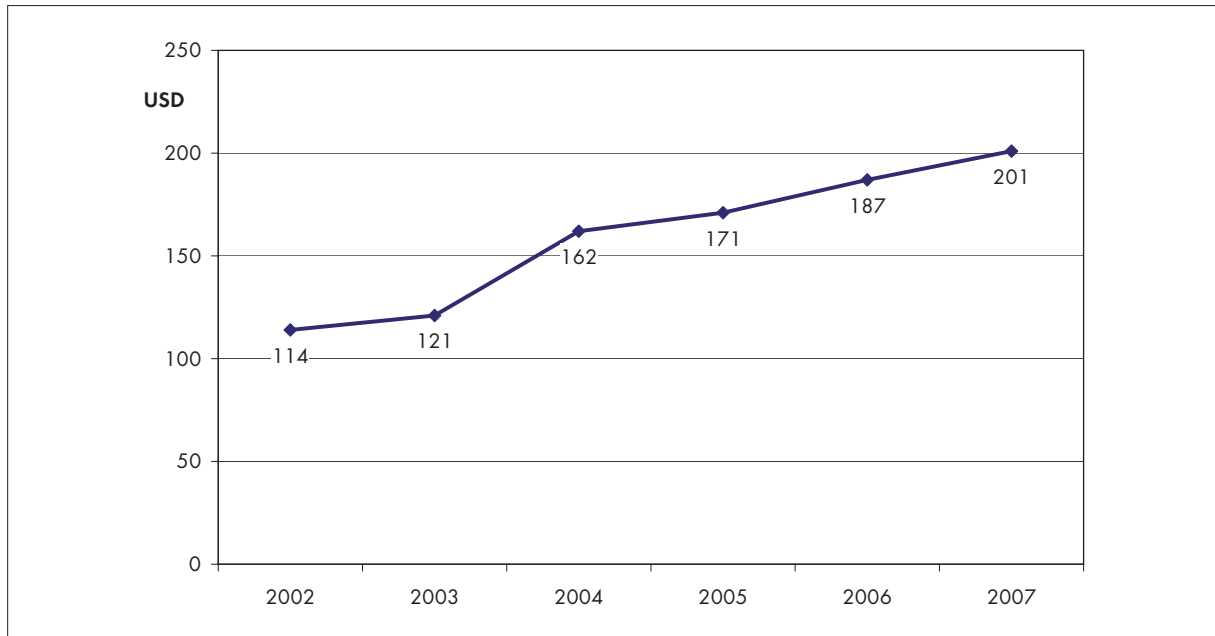
Tabelle 2: Die zehn größten ukrainischen Eisenerzproduzenten 2006

Unternehmen	Umsatz (Mio. Euro)	Gewinn (Mio. Euro)	Eigentümer
Nördliches GOK	972,11	156,11	Metinvest
Ferrexpo Poltava AG	461,64	25,16	Ferrexpo AG (CH)
Inguletzker GOK	412,86	37,15	Metinvest/Smart-Holding
Zentrales GOK	373,56	55,78	Metinvest
Südliches GOK	305,53	1,10	Metinvest
Kriworoschkij Eisenkombinat »Kriwbassruda«	173,65	8,92	Metinvest
Zaporoschkij Eisenkombinat	91	3,62	Midland Group (UK)
Östliches GOK	82,20	1,06	Ukrainischer Staat
»Kriwbasswsrywprom« OAO	77,96	8,03	k.A.
»Suchaja Balka« OAO	77,96	4,95	Privatbank; ab 2008 Evraz (RUS)

Quelle: Investgazeta Top-100 (Kiew 2007).

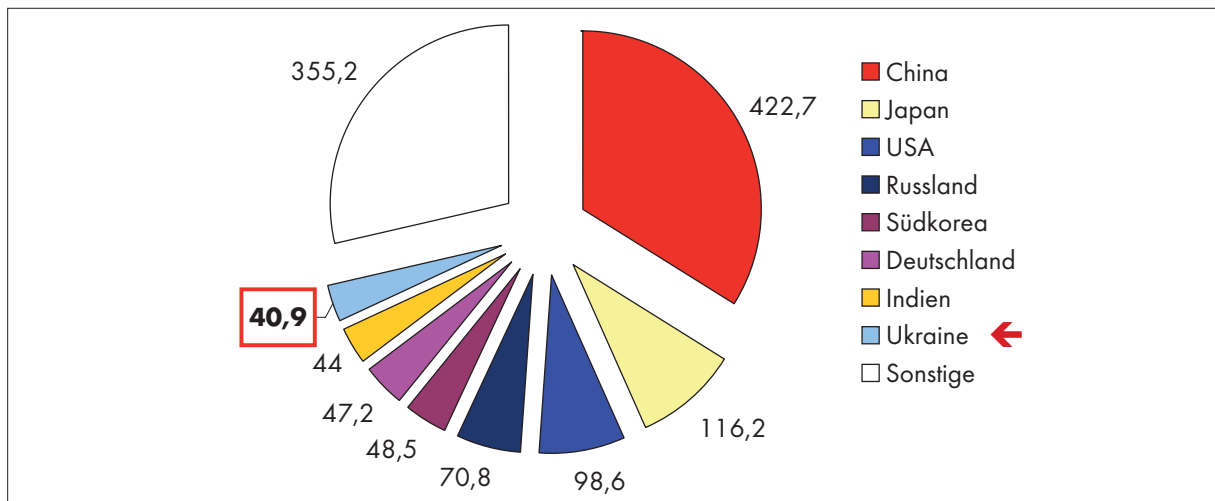
Teil 2: Eisen- und Stahlproduktion

Grafik 4: Entwicklung des Weltstahlpreises 2002–2007 (in US-Dollar/t)



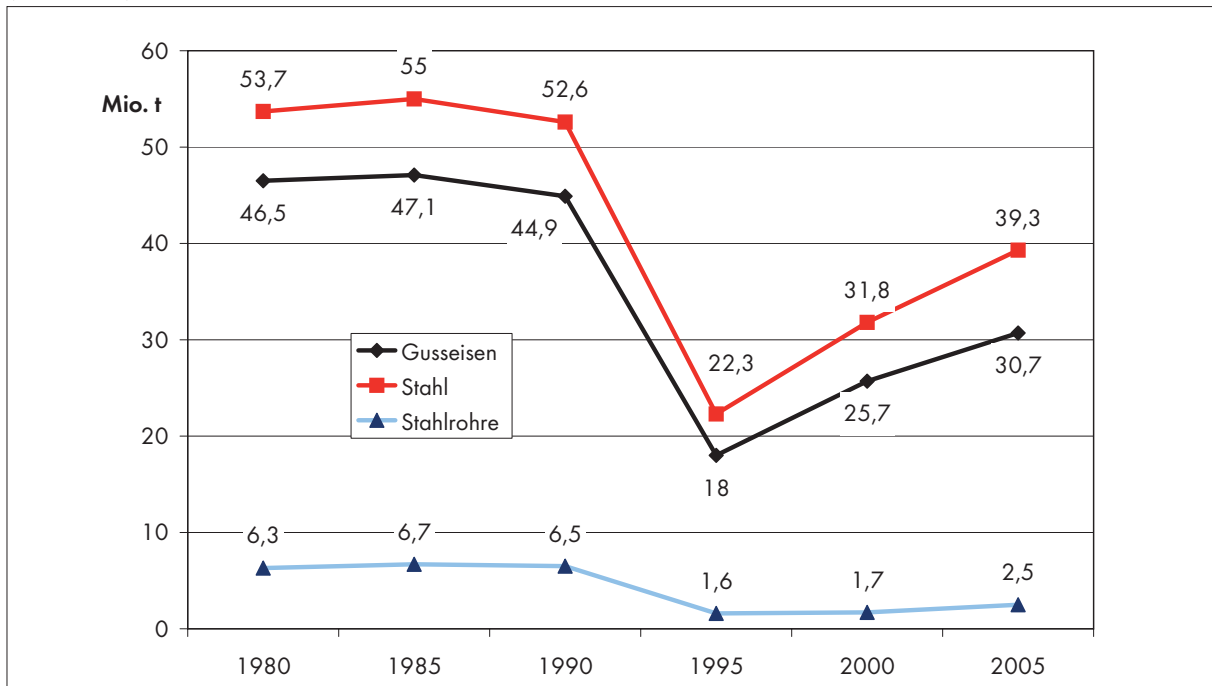
Quelle: Preisindikator WPU101 (Iron and Steel), US Bureau of Labor Statistics, http://www.bls.gov/ro3/ppi_metals.pdf

Grafik 5: Anteil der Ukraine an der weltweiten Stahlproduktion 2006 (in Mio. t)



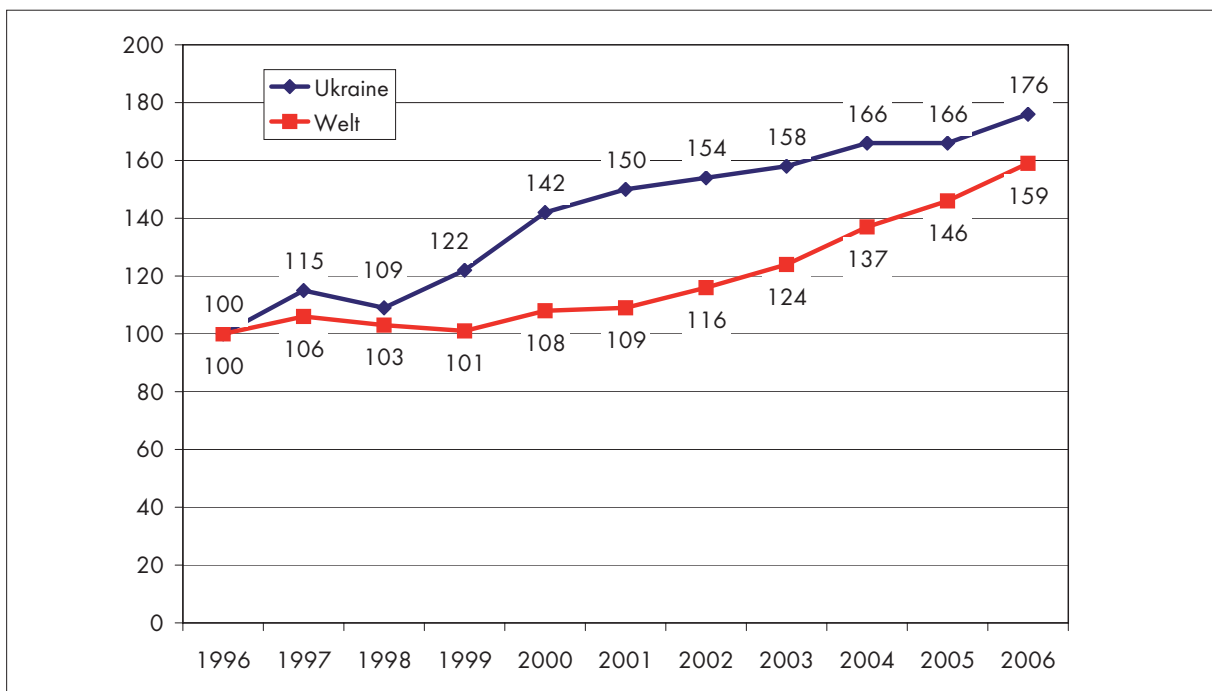
Quelle: International Iron and Steel Institute, <http://www.worldsteel.org/?action=storypages&id=195>

Grafik 6: Entwicklung der ukrainischen Eisen- und Stahlproduktion 1980–2005 (in Mio. t)

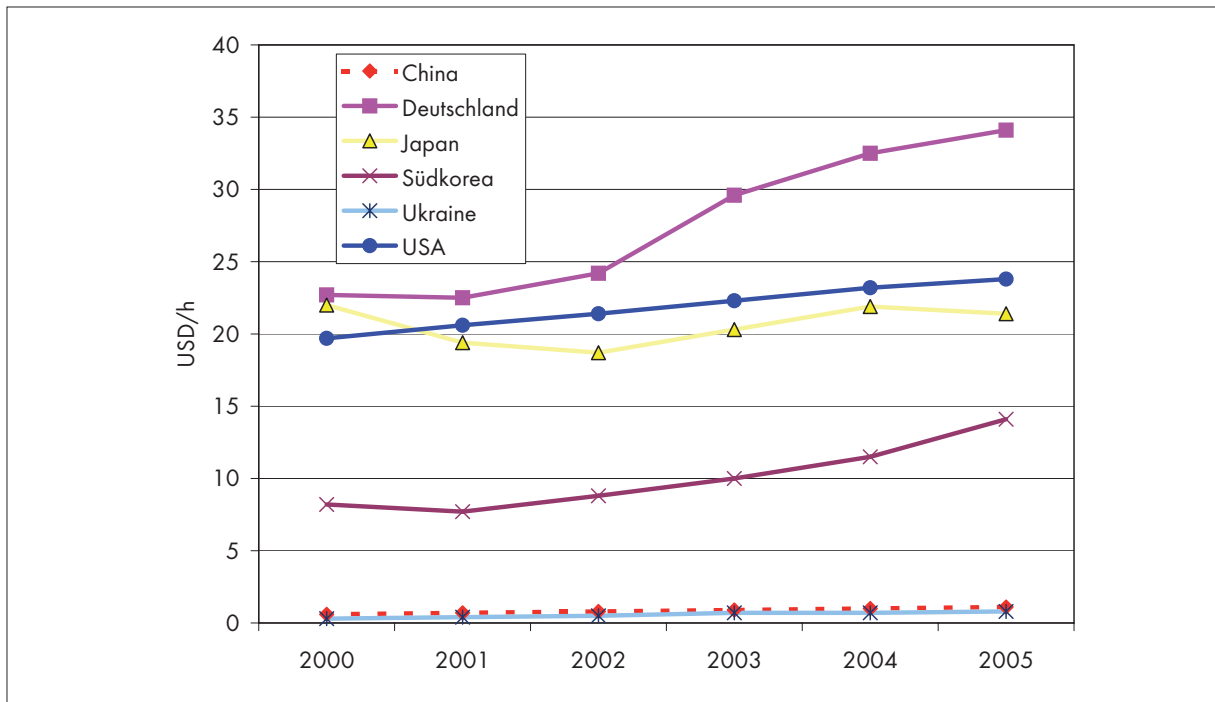


Quelle: Staatliches Ukrainisches Statistikkomitee, <http://www.ukrstat.gov.ua>

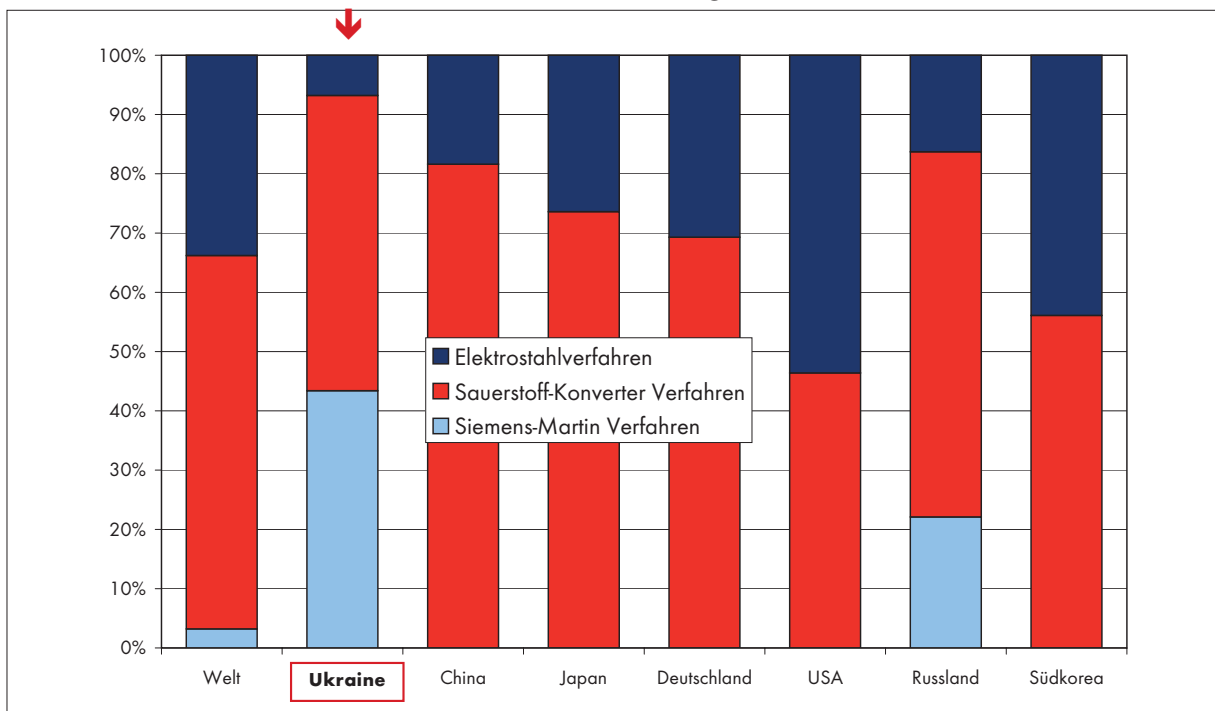
Grafik 7: Vergleich des Wachstums der weltweiten und der ukrainischen Stahlproduktion (1996 = 100)



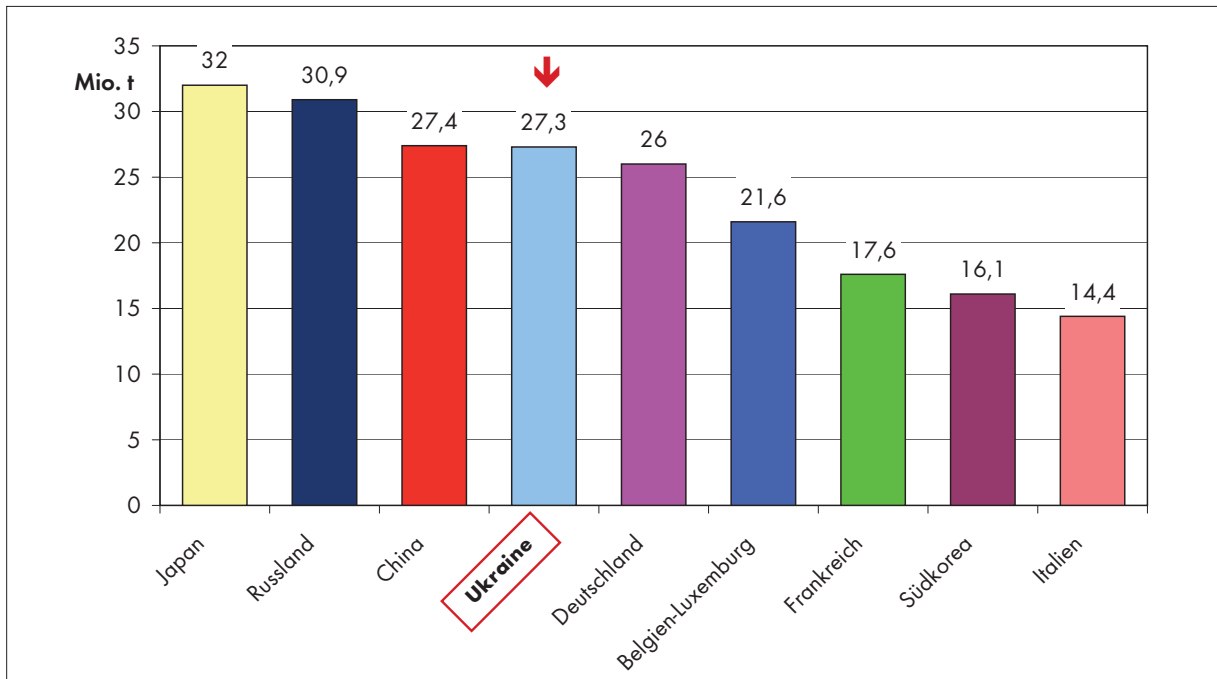
Quellen: Eigene Berechnungen auf Basis der Produktionszahlen des Staatlichen Ukrainischen Komitees für Statistik, <http://www.ukrstat.gov.ua> und des International Iron and Steel Institute, <http://www.worldsteel.org/?action=storypages&id=193>

Grafik 8: Internationale Entwicklung der Arbeitskosten bei der Stahlherstellung (USD/h)


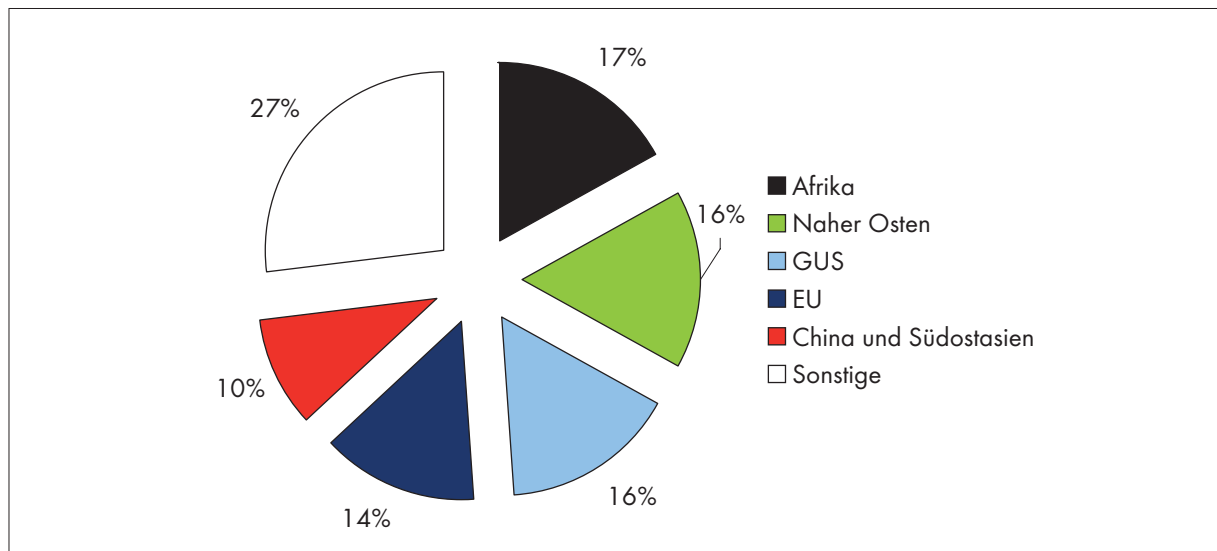
Quelle: steelonthenet.com, http://www.steelonthenet.com/labour_cost.html

Grafik 9: Produktionstechniken im internationalen Vergleich


Quelle: International Centre for Policy Studies: Free Trade between Ukraine and the EU. An impact assessment, Kiev 2007, S.148, http://www.icps.com.ua/doc/FTA_Impact_E.pdf

Grafik 10: Anteil der Ukraine am weltweiten Stahlexport 2005 (in Mio. t)


Quelle: International Iron and Steel Institute, <http://www.worldsteel.org/?action=storypages&id=213>

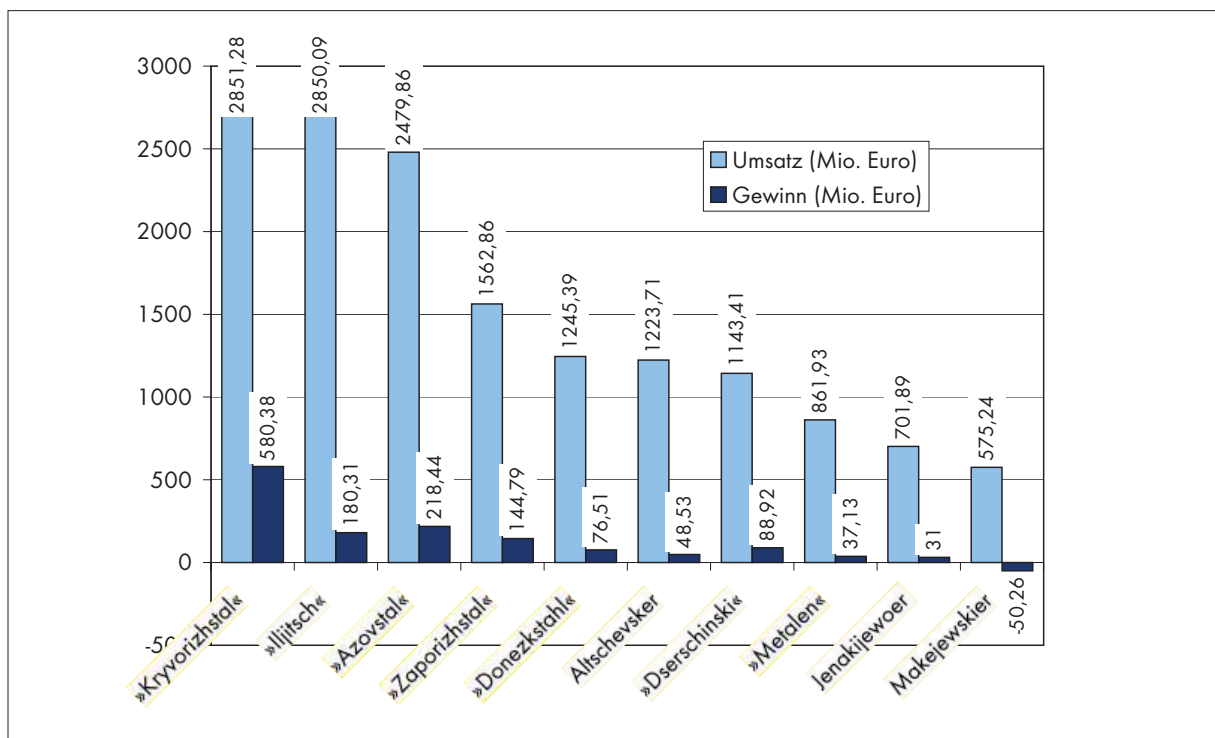
Grafik 11: Verteilung des ukrainischen Walzgutexports auf verschiedene Regionen und Länder


Quelle: Bundesagentur für Außenwirtschaft, http://www.metall-forum.org/Berichte/Ukrainische_Stahlproduzenten_Marktposition_25-12-2006.pdf

Tabelle 3: Die zehn größten ukrainischen Gusseisen- und Stahlproduzenten 2005

Unternehmen	Gusseisenproduktion (Mio. t)	Stahlproduktion (Mio. t)	Eigentümer (2007)
Kryvorizhstal« (ArcelorMittal Kryvyi Rih)	6,1	6,95	ArcelorMittal (LUX)
Mariopoler Stahl- und Eisenwerke »Iljitsch«	5,2	6,94	Beschäftigte/Management (Vladimir Boiko)
»Azovstal«	4,9	5,75	Metinvest (Rinat Achmetow)
»Zaporizhstal«	3,5	4,37	Midland Resources Group (Eduard Schifrin)
Altschevsker Stahl- und Eisenwerke	2,9	3,72	Industrial Union Donbass
Dnipropetrowskij Stahl- und Eisenwerke »Dscherschinski«	2,9	2,49	Industrial Union Donbass
Jenkijewoer Stahl- und Eisenwerke »Metalen«	1,9	2,25	Metinvest (Rinat Achmetow)
Dnipropetrovsker Stahl- und Eisenwerke »Petrowski«	1,5	1,24	Privatbank
Makejewskier Stahl und Eisenwerk	0,8	1,02	Smart-Holding
»Donezkstahl«	0,8	0,91	Konzern Energo

Quelle: wikipedia.ru: Metallurgija Ukrainy w 2005

Grafik 12: Die zehn größten ukrainischen Gusseisen- und Stahlproduzenten nach Umsatz und Gewinn 2006


Quelle: Investgazeta Top-100 (Kiew 2007)

Zusammengestellt von Florian Munder

Dokumentation

Wirtschaftsbezogene Länderrankings im Überblick

Teil 1: Wirtschaftssystem

Index of Economic Freedom

Erstellt von: Heritage Foundation und Wall Street Journal (USA)

Seit: 1995

Häufigkeit: jährlich

Indexwerte beziehen sich jeweils auf das Vorjahr.

Erfasste Länder: 163

Internetadresse: www.heritage.org/research/features/index/index.cfm

Kurzbeschreibung:

Die Indexbildung ist 2007 überarbeitet worden. Der Index of Economic Freedom bewertet nun jeweils über ausgewählte statistische Indikatoren und Indizes zehn Wirtschaftsbereiche: Geschäftsumfeld (staatliche Regulierung grundlegender unternehmerischer Tätigkeiten), Handel, Steuern, Staatseinmischung (direkte staatliche Wirtschaftsaktivität), Geldpolitik, Investitionen, Banksystem, Eigentumsrechte, Freiheit von Korruption, Arbeitsmarkt. Die Bewertung aller Indikatoren erfolgt auf einer Skala von 0 bis 100, wobei 100 die bestmögliche Bewertung darstellt. Der Indexwert wird als einfacher Durchschnitt der zehn Indikatorenwerte gebildet.

Grafik 1: Index of Economic Freedom: Indexwerte und Platzierungen 2008

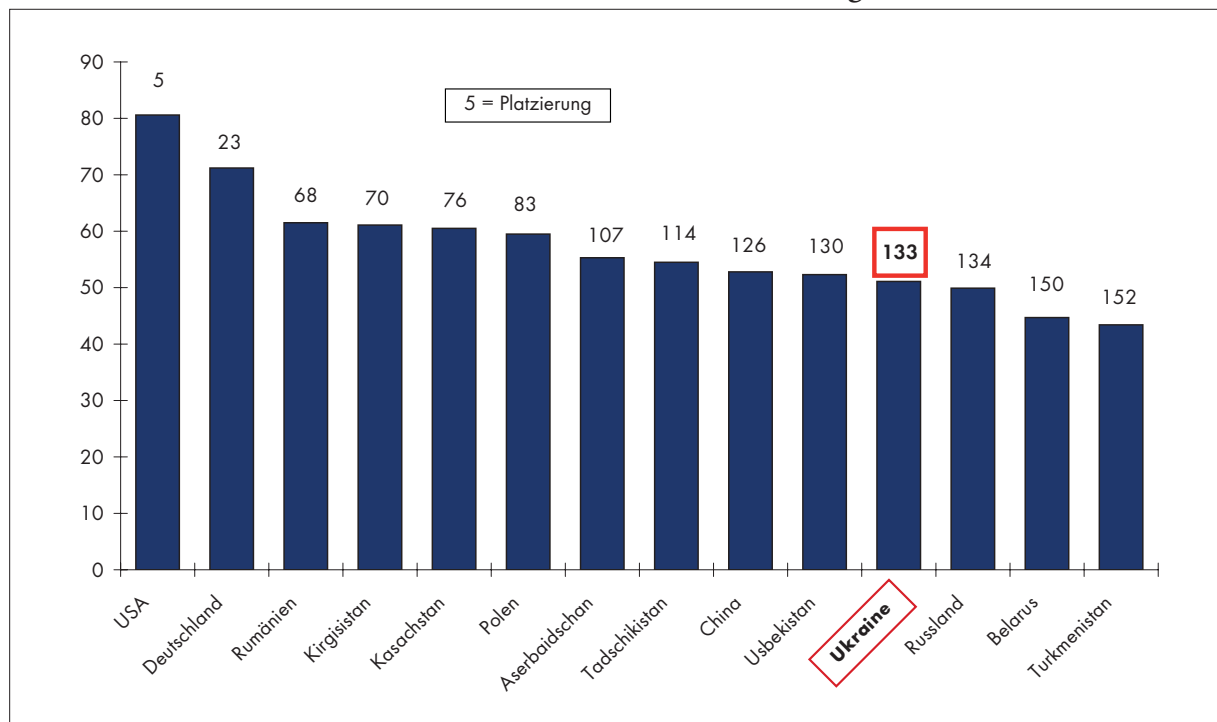
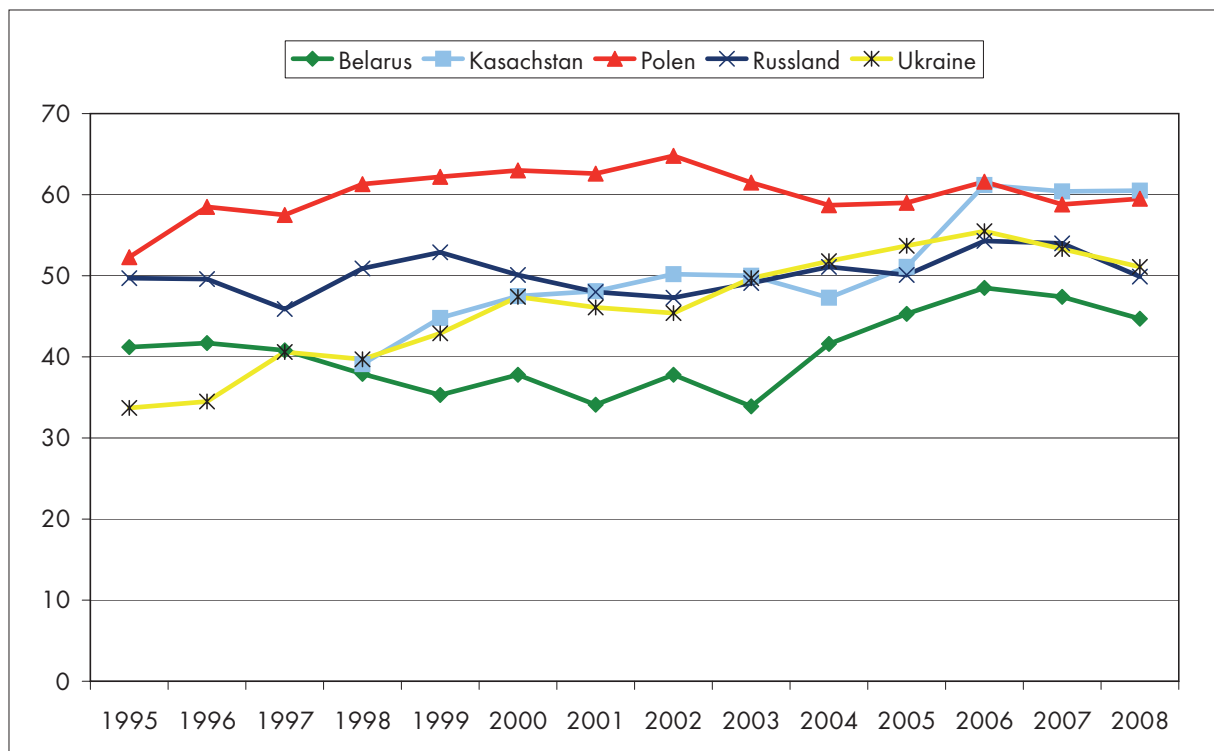


Tabelle 1: Index of Economic Freedom: Einzelwerte 2008

	USA	Deutschland	Rumänien	Polen	China	Russland	Ukraine	Belarus	Kasachstan
Rang	5	23	68	83	126	134	133	150	76
Geschäftsumfeld	91,7	88,9	74,1	54,1	50,0	52,8	44,3	58,6	56,5
Handel	86,8	86,0	86,0	86,0	70,2	44,2	82,2	52,2	86,2
Steuern	68,3	58,4	85,6	68,6	66,4	79,2	79,0	81,0	80,1
Staatseinmischung	59,8	34,0	70,8	43,5	89,7	69,5	43,0	55,5	84,7
Geldpolitik	83,7	81,4	72,5	82,3	76,5	64,4	69,9	66,2	71,9
Investitionen	80	80	60	60	30	30	30	20	30
Banksystem	80	60	50	60	30	40	50	10	60
Eigentumsrechte	90	90	30	50	20	30	30	20	30
Korruption	73	80	31	37	33	25	28	21	26
Arbeitsmarkt	92,3	52,8	55,3	53,5	62,4	64,2	54,3	62,0	80,0
Gesamtwert	80,6	71,2	61,5	59,5	52,8	49,9	51,1	44,7	60,5

Grafik 2: Index of Economic Freedom: 1995–2008



Global Competitiveness Index (GCI)

Erstellt von: World Economic Forum

Seit: 2005 (2001 bis 2004: Growth Competitive Index)

Indexwerte sind jeweils für das Vorjahr.

Häufigkeit: jährlich

Erfasste Länder: 131

Internetadresse: <http://www.weforum.org/en/initiatives/gcp/Global%20Competitiveness%20Report/index.htm>

Kurzbeschreibung:

Der Index basiert auf 90 Indikatoren aus neun Bereichen, die als zentral für Produktivität und internationale Wettbewerbsfähigkeit gesehen werden: institutionelles Geschäftsumfeld (staatliche Regulierung, Sicherheit, Korruption, Transparenz), Infrastruktur (Transport, Energie, Telekommunikation), volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen, Gesundheit und Bildung, Hochschulwesen und berufliche Weiterbildung, Markteffizienz (staatliche Regulierung, Wettbewerb, Außenhandel, Arbeitsmarkt, Finanzmärkte), Technologieintensität (Aufnahmebereitschaft von Unternehmen, Gesetze, Verbreitung von PCs, Mobilfunk, Internet), Unternehmensführung (Qualität der Organisation zentraler Unternehmensaktivitäten), Innovation (Umfang der Forschung, Gesetze, Patente).

Die Mehrheit der Indikatoren erfasst statistische Daten. Zusätzlich werden jedoch einzelne Indikatoren auch über die Einschätzung von Geschäftsleuten bewertet. Dazu werden in den 125 einbezogenen Ländern insgesamt über 11.000 Geschäftsleute befragt.

Die neun Bereiche des Index werden in drei Subindizes zusammengefasst, die jeweils auf ein bestimmtes wirtschaftliches Entwicklungsstadium Bezug nehmen sollen: Grundlagen, Effizienzverbesserung, Innovationsförderung. Subindizes und Gesamtindex werden als ungewichteter Durchschnitt der jeweils einbezogenen Bereichswerte gebildet.

Grafik 3: Global Competitiveness Index: Indexwerte und Platzierungen 2007–2008

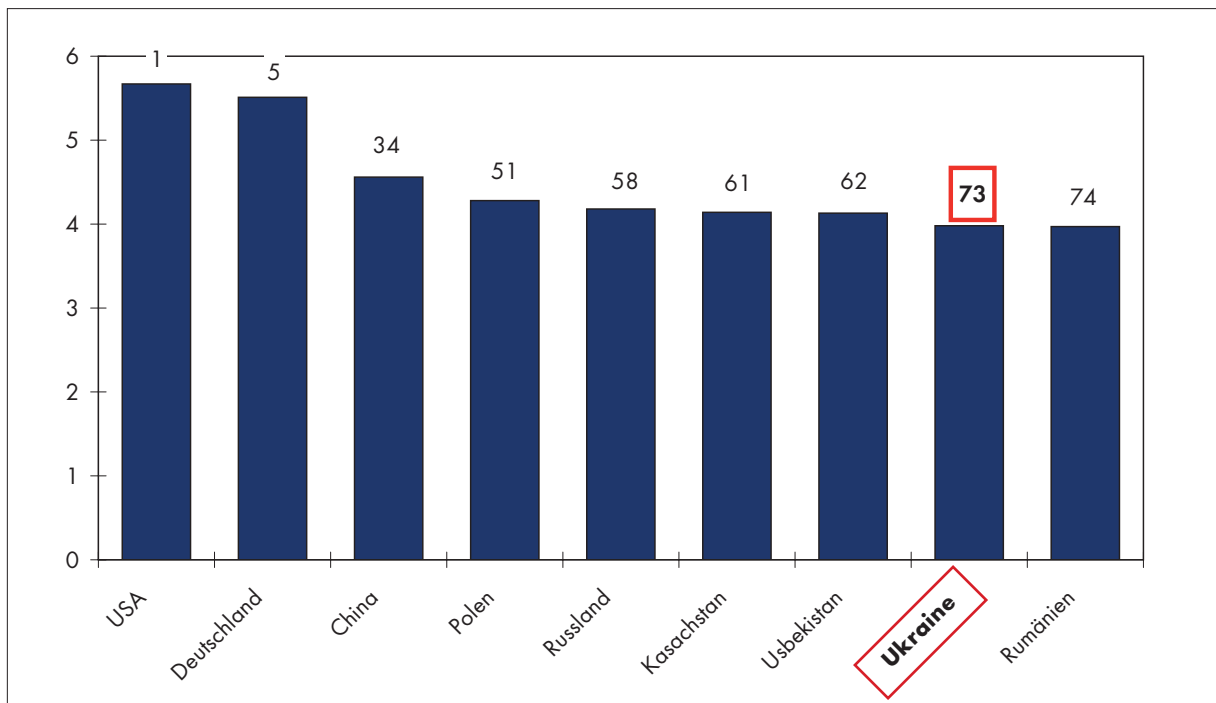


Tabelle 2: Global Competitiveness Index: Einzelwerte 2007–2008

	USA	Deutschland	China	Polen	Russland	Kasachstan	Ukraine	Rumänien
1. Subindex: Grundlagen	5.41	5.82	4.80	4.41	4.36	4.40	4.06	4.07
Geschäftsumfeld	4.76	5.83	3.71	3.65	3.10	3.67	3.12	3.44
Infrastruktur	6.10	6.65	3.97	3.03	3.48	3.22	3.09	2.57
Volkswirtschaft	4.78	4.93	6.03	5.01	5.35	5.63	4.67	4.64
Gesundheit/Bildung	6.00	5.88	5.49	5.96	5.51	5.09	5.37	5.62
2. Subindex: Effizienzverbesserung	5.77	5.28	4.26	4.30	4.19	4.03	3.93	3.98
Hochschulen	5.68	5.33	3.77	4.62	4.33	4.11	4.20	4.14
Markteffizienz	5.32	5.29	4.26	4.12	3.94	4.20	3.74	4.04
Technologie	5.43	5.05	3.00	3.44	3.03	2.98	2.75	3.29
3. Subindex: Innovation	5.68	5.70	4.06	3.66	3.50	3.43	3.52	3.54
Unternehmensführung	5.60	5.93	4.65	4.04	3.70	3.76	3.83	3.99
Innovation	5.77	5.46	3.48	3.28	3.31	3.10	3.22	3.09
Gesamtindex	5.67	5.51	4.56	4.28	4.18	4.14	3.98	3.97

Teil 2: Geschäftsumfeld

Ease of doing business

Erstellt von: Weltbank

Seit: 2003

Häufigkeit: jährlich

Daten sind jeweils für das Vorjahr.

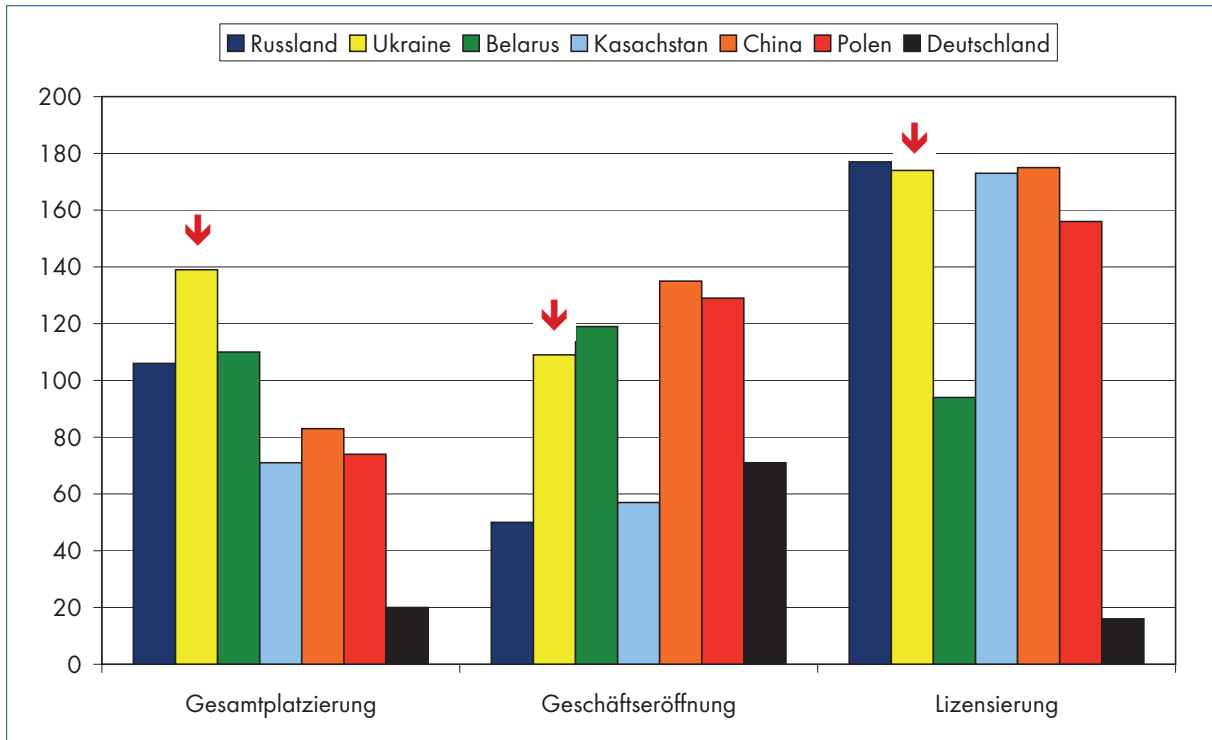
Erfasste Länder: 178

Internetadresse: <http://www.doingbusiness.org/economyrankings/>

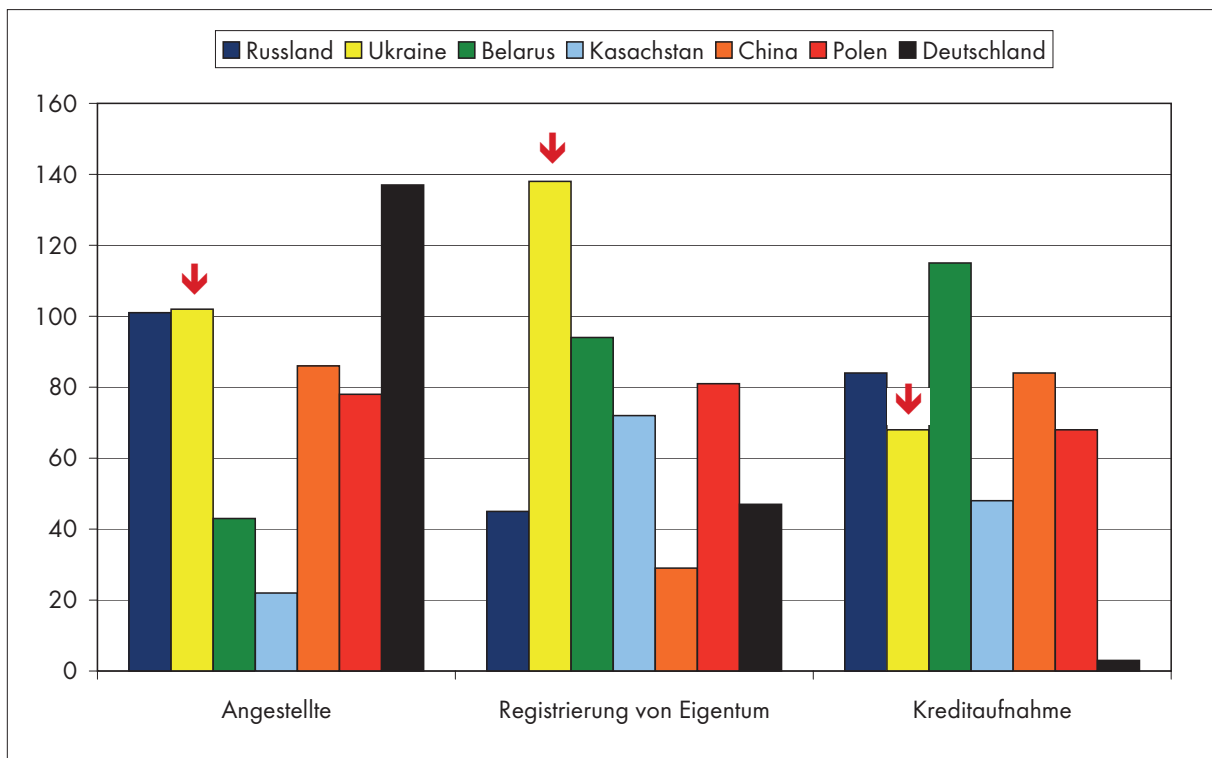
Kurzbeschreibung:

In ihrer Doing Business Datenbank erfasst die Weltbank jedes Jahr die staatliche Regulierung insgesamt zehn verschiedener Geschäftsaktivitäten mit statistischen Kennzahlen bzw. Indizes. Dabei machen insgesamt 5.000 Experten (Anwälte, Consultants, Rechnungsprüfer und Mitarbeiter der staatlichen Wirtschaftsverwaltung) Angaben zur Abwicklung der Aktivitäten eines hypothetischen mittelständischen Durchschnittsunternehmens in der größten Stadt des Landes. Zusätzlich bildet die Weltbank für jede Geschäftsaktivität seit 2005 eine internationale Rangliste.

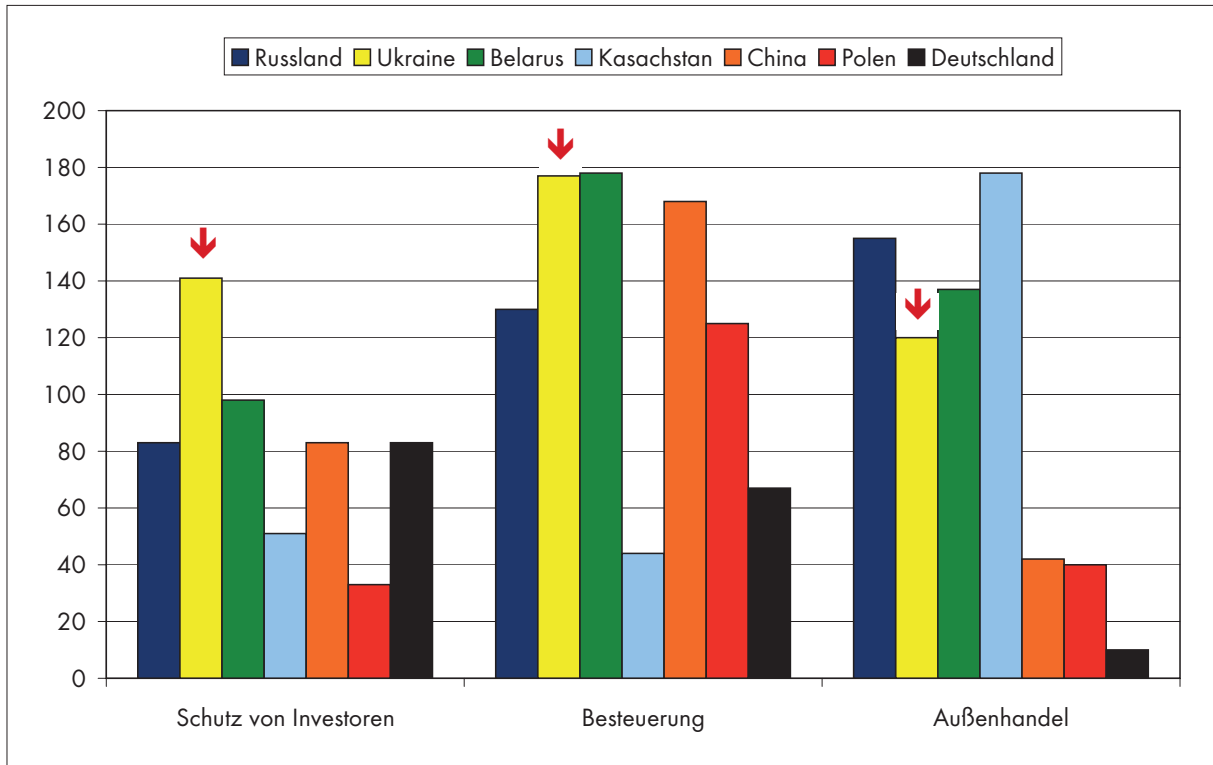
Grafik 4a: Ease of doing business: Platzierungen 2008
Gesamtplatzierung, Geschäftseröffnung, Lizenzierung



Grafik 4b: Ease of doing business: Platzierungen 2008
Angestellte, Registrierung von Eigentum, Kreditaufnahme



Grafik 4c: Ease of doing business: Platzierungen 2008
Schutz von Investoren, Besteuerung, Außenhandel



Grafik 4d: Ease of doing business: Platzierungen 2008
Durchsetzung von Vertragsrechten, Geschäftsaufgabe

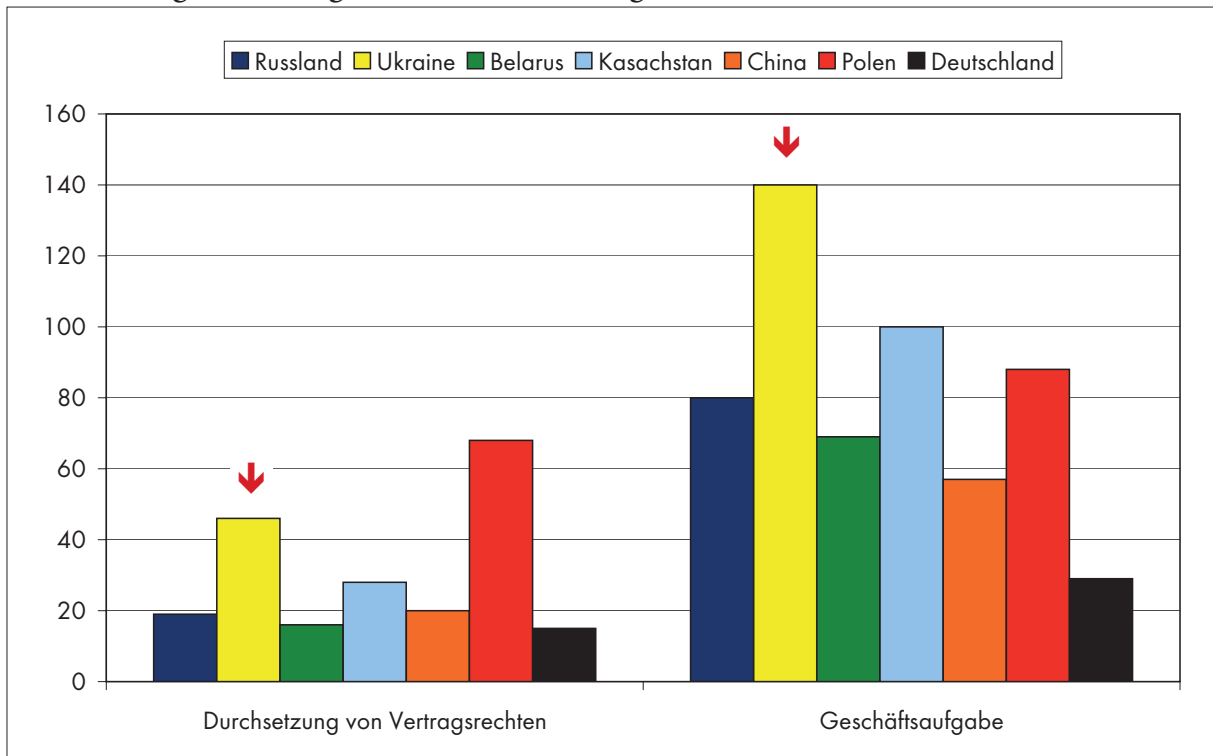


Tabelle 3: Ease of doing business: Einzelwerte 2008

	Russland	Ukraine	Belarus	Kasachstan	China	Polen	Deutschland
Kriterium							
Geschäftseröffnung							
Internationale Platzierung	50	109	119	57	135	129	71
Zahl der Verwaltungsakte	8	10	10	8	13	10	9
Dauer in Tagen	29	27	48	21	35	31	18
Kosten (als Anteil am durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen)	3,7 %	7,8 %	8,8 %	7,6 %	8,4 %	21,2 %	5,7 %
Minimalkapital (als Anteil am durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen)	3,2 %	203,1 %	29,7 %	22,9 %	190,2 %	196,8 %	42,8 %
Lizenzierung							
Internationale Platzierung	177	174	94	173	175	156	16
Zahl der Verwaltungsakte	54	29	17	38	37	30	12
Dauer in Tagen	704	429	350	231	336	308	100
Kosten (als Anteil am durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen)	3.788,4 %	668,5 %	60,9 %	2.129,9 %	840,2 %	159,8 %	63,1 %
Angestellte							
Internationale Platzierung	101	102	43	22	86	78	137
Einstellungsindex	33	44	0	0	11	11	33
Arbeitszeitindex	60	60	40	40	20	60	60
Entlassungsindex	40	30	40	20	40	40	40
Flexibilitätsindex	44	45	27	20	24	37	44
Lohnnebenkosten (als Anteil Gesamtlohn)	31 %	38 %	0,39	14 %	44 %	21 %	19 %
Abfindung (in Wochenlöhnen)	17	13	39	9	91	13	69
Registrierung von Eigentum							
Internationale Platzierung	45	138	94	72	29	81	47
Zahl der Verwaltungsakte	6	10	7	8	4	6	4
Dauer in Tagen	52	93	231	52	29	197	40
Kosten (als Anteil am durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen)	0,3 %	3,3 %	0,1 %	0,9 %	3,6 %	0,5 %	5,2 %
Kreditaufnahme							
Internationale Platzierung	84	68	115	48	84	68	3
Rechtsschutzindex	3	8	2	5	3	4	8
Kreditinformationsindex	4	0	3	4	4	4	6
Staatliche Gläubigerdatenbank (erfasster Teil der Bevölkerung)	0,0 %	0,0 %	*	0,0 %	49,2 %	0,0 %	0,7 %
Private Gläubigerdatenbank (erfasster Teil der Bevölkerung)	4,4 %	0,0 %	0,0 %	13,7 %	0,0 %	51,5 %	98,1 %

Tabelle 3: Ease of doing business: Einzelwerte 2008 (Fortsetzung)

	Russland	Ukraine	Belarus	Kasachstan	China	Polen	Deutschland
Kriterium							
Schutz von Investoren							
Internationale Platzierung	83	141	98	51	83	33	83
Transparenz (Skala 0–10)	6	1	5	7	10	7	5
Haftbarkeit des Managements (Skala 0–10)	2	3	1	1	1	2	5
Hindernisse für Aktionärsklagen (Skala 0–10)	7	3,7	8	9	4	9	5
Investorenschutzindex (Skala 0–10)	5,0	177	4,7	5,7	5,0	6,0	5,0
Besteuerung							
Internationale Platzierung	130	99	178	44	168	125	67
Zahlungstermine pro Jahr	22	2,085	124	9	35	41	16
Zeitaufwand in Stunden pro Jahr	448	39490	1,188	271	872	418	196
Steuerhöhe (als Anteil am Gewinn)	51,4 %	57,3 %	144,4 %	36,7 %	73,9 %	38,4 %	50,8 %
Außenhandel							
Internationale Platzierung	155	120	137	178	42	40	10
Anzahl der erforderlichen Dokumente für Ausfuhren	8	6	8	12	7	5	4
Zeitaufwand (in Tagen)	36	31	24	89	21	17	7
Kosten (US-Dollar pro Container)	2,05	1,045	1,672	2,73	390	834	740
Anzahl der erforderlichen Dokumente für Einfuhren	13	10	8	14	6	5	5
Zeitaufwand (in Tagen)	36	39	29	76	24	27	7
Kosten (US-Dollar pro Container)	2,05	1,065	1,672	2,78	430	834	765
Durchsetzung von Vertragsrechten							
Internationale Platzierung	19	46	16	28	20	68	15
Zahl der Verwaltungsakte	37	30	28	38	35	38	33
Dauer in Tagen	281	354	225	230	406	830	394
Kosten (als Anteil am Wert der Forderung)	13,4 %	41,5 %	23,4 %	22,0 %	8,8 %	10,0 %	11,8 %
Geschäftsaufgabe							
Internationale Platzierung	80	140	69	100	57	88	29
Zeit (in Jahren)	3,8	2,9	5,8	3,3	1,7	3,0	1,2
Kosten (Anteil am Firmenwert)	0,09	42	22	0,18	0,22	0,22	0,08
Recovery rate (in %)	29,0	9,1	33,2	23,4	35,9	27,8	53,4

Worldwide Governance Indicators – Regulation

Erstellt von: Weltbank

Seit: 1996

Häufigkeit: jährlich (bis 2002 alle zwei Jahre)

Indexwerte sind für das jeweilige Stichjahr (und erscheinen mit über einem Jahr Verzögerung).

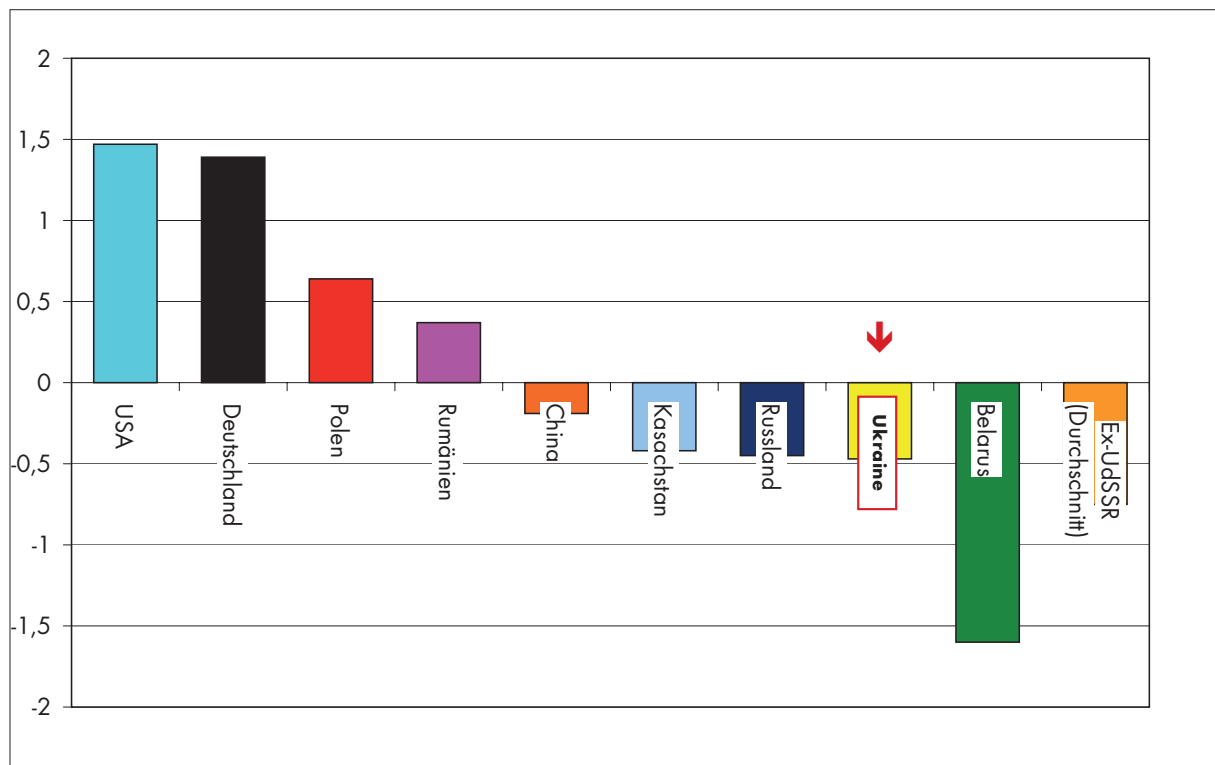
Erfasste Länder: 212

Internetadresse: <http://info.worldbank.org/governance/wgi2007/>

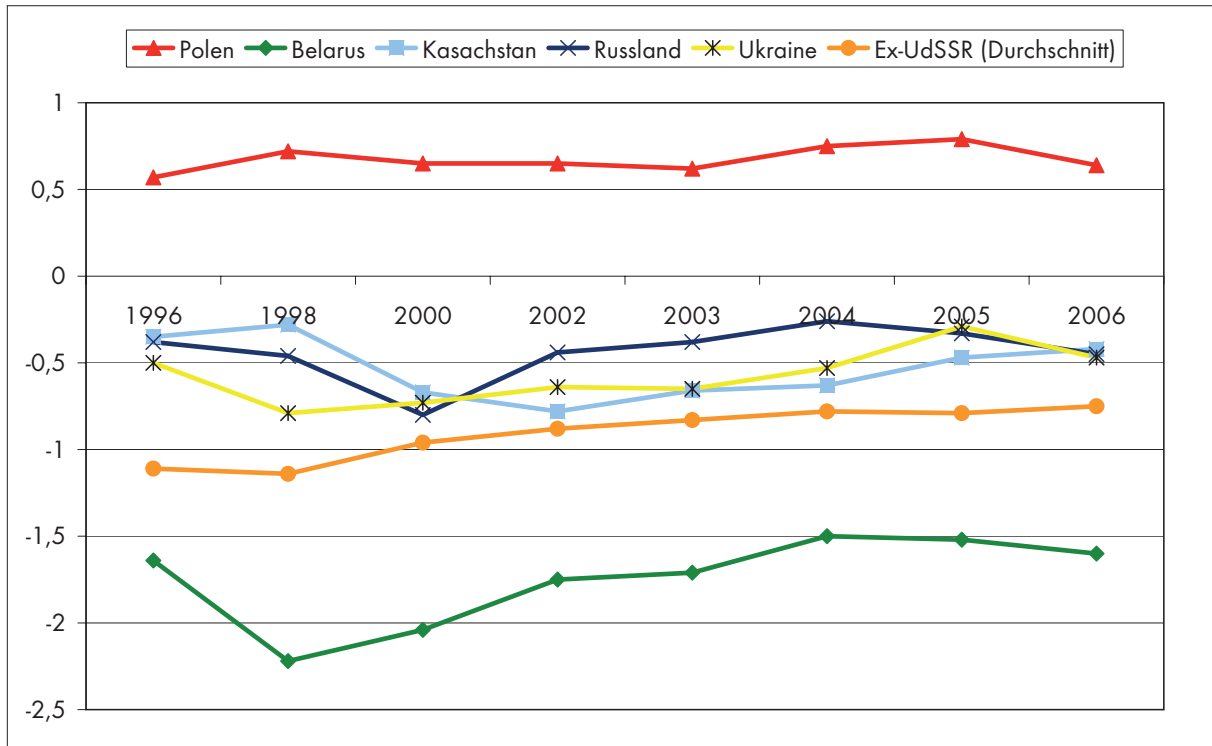
Kurzbeschreibung:

Die Indikatoren basieren auf der Auswertung von relevanten Umfragen unter Wirtschaftsvertretern, Bevölkerung und Experten. Für 2006 wurden so 31 Erhebungen von 25 unterschiedlichen Organisationen benutzt. Die Indikatoren werden in 6 Kategorien gruppiert, von denen die Kategorie Regulierung sich ausschließlich auf das Geschäftsumfeld bezieht. Der entsprechende Indexwert gibt den nach Zuverlässigkeit der Quelle gewichteten Durchschnittswert aller relevanten Datenquellen. Der Durchschnittswert über alle Länder wird als 0 gesetzt. Ein negativer Indexwert für ein Land ist also unterdurchschnittlich, ein positiver Indexwert überdurchschnittlich. Die Indexwerte bewegen sich im Bereich von -2,5 bis +2,5.

Grafik 5: Worldwide Governance Indicators – Regulation: Indexwerte 2006



Grafik 6: Worldwide Governance Indicators – Regulation: 1996–2006



Business Competitiveness Index (BCI)

Erstellt von: World Economic Forum

Seit: 2001

Indexwerte sind jeweils für das Vorjahr.

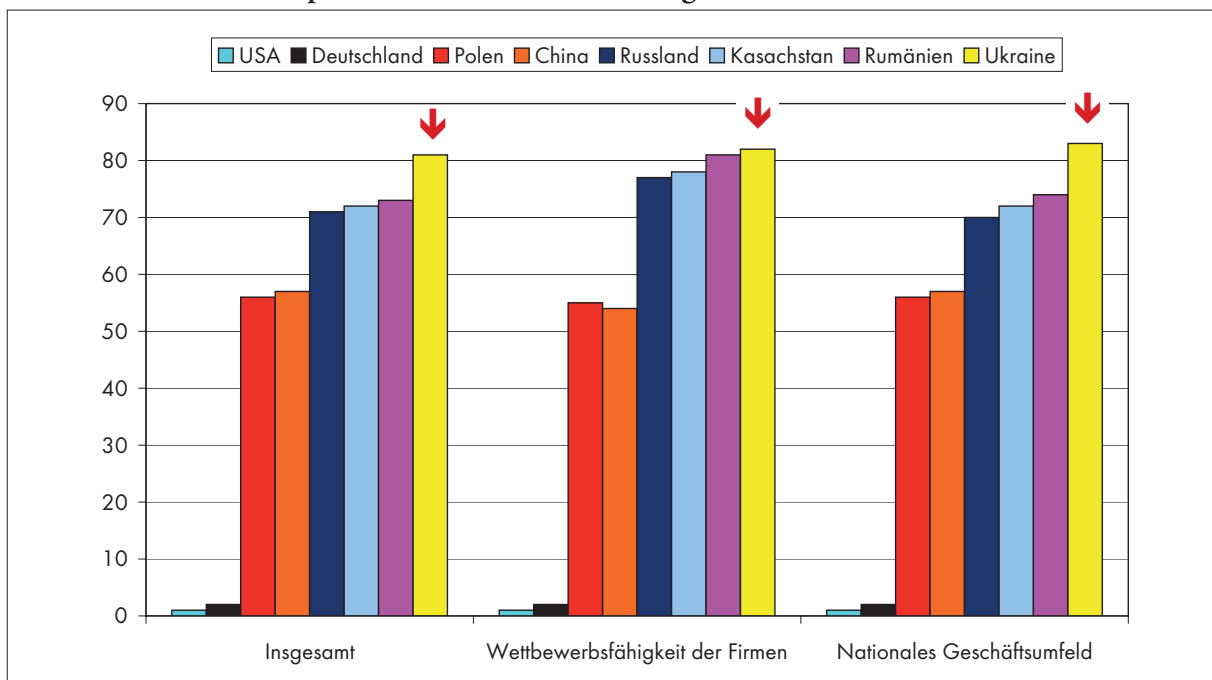
Häufigkeit: jährlich

Erfasste Länder: 131

Internetadresse: <http://www.gcr.weforum.org/>

Kurzbeschreibung:

Der Index erfasst das jeweilige nationale Geschäftsumfeld und die Wettbewerbsfähigkeit der Firmen. Der Index basiert auf den entsprechenden Indikatoren des Global Competitiveness Index (siehe oben), von dem für das nationale Geschäftsumfeld die Bereiche Markteffizienz und Innovation sowie für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen die Bereiche Unternehmensführung sowie Hochschulwesen und berufliche Weiterbildung (mit Fokus auf Managerausbildung) relevant sind.

Grafik 7: Business Competitiveness Index: Platzierungen 2007


Anmerkung: Da für die Wettbewerbsfähigkeit mehr Länder in das Rating einbezogen wurden als für das Geschäftsumfeld, kann die Gesamtplatzierung nicht direkt aus den Einzelplatzierungen abgeleitet werden.

Index of Economic Freedom – Business Freedom

Erstellt von: Heritage Foundation und Wall Street Journal (USA)

Seit: 1995

Häufigkeit: jährlich

Indexwerte beziehen sich jeweils auf das Vorjahr.

Erfasste Länder: 163

Internetadresse: www.heritage.org/research/features/index/index.cfm

Kurzbeschreibung:

Der oben vorgestellte Index of Economic Freedom erfasst das Geschäftsumfeld (business freedom bzw. regulation) als einen Teilbereich. Die Bewertung erfolgt auf einer Skala von 0 bis 100, wobei 100 die bestmögliche Bewertung darstellt.

Tabelle 4: Index of Economic Freedom: Geschäftsumfeld 1995–2008

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Belarus	50	50	50	30	30	30	10	10	10	10	10	53,9	55,7	58,6
China	30	30	30	30	30	30	30	30	30	30	30	50,9	46,9	50,0
Deutschland	70	50	50	30	50	50	50	50	50	50	50	88,2	88,9	88,9
Kasachstan	*	*	*	30	30	30	30	30	30	30	30	66,1	58,5	56,5
Polen	50	50	50	50	50	50	50	50	50	50	50	67,4	55,3	54,1
Rumänien	30	30	30	30	30	30	30	30	30	30	30	74,5	73,2	74,1
Russland	70	50	30	30	30	30	30	30	30	30	30	66,1	62,0	52,8
Ukraine	30	30	30	30	30	30	30	30	30	30	30	53,3	43,6	44,3
USA	70	70	70	70	70	70	70	70	70	70	70	92,3	91,4	91,7

Teil 3: Korruption

Corruption Perception Index

Erstellt von: Transparency International

Seit: 1995

Häufigkeit: jährlich

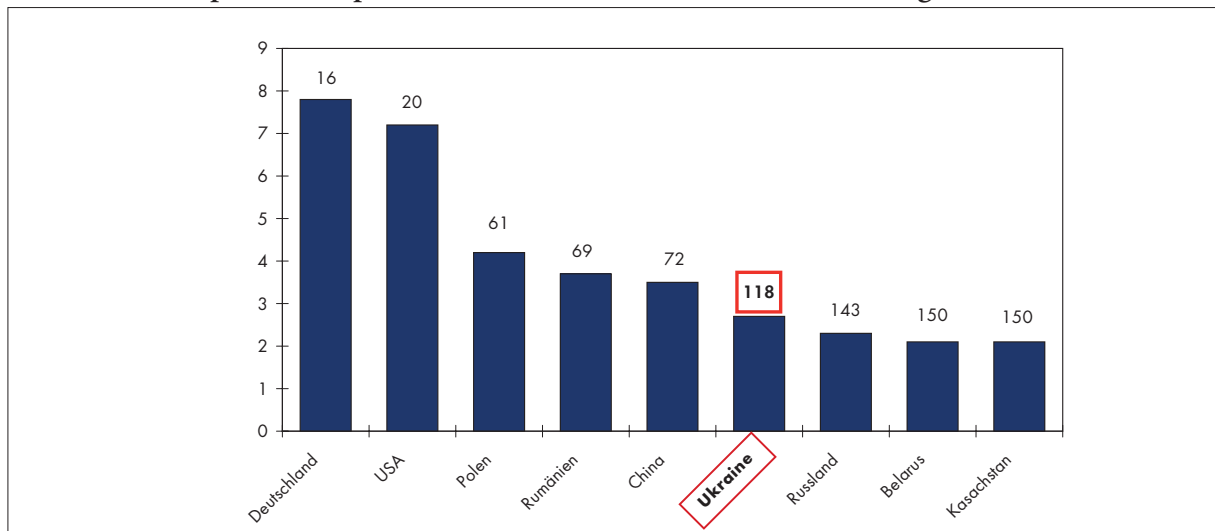
Erfasste Länder: 179

Internetadresse: <http://www.icgg.org/corruption.index.html>

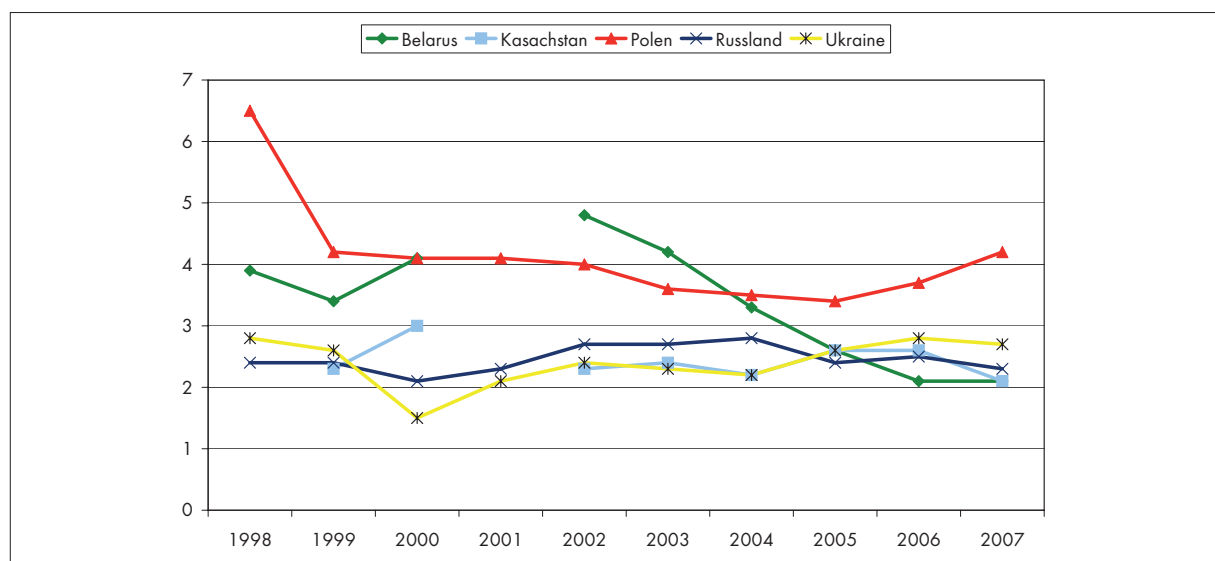
Kurzbeschreibung:

Der Index ergibt sich durch Auswertung von verschiedenen (pro Land mindestens drei voneinander unabhängigen) Datenquellen zur Wahrnehmung von Korruption im jeweiligen Land durch befragte Geschäftsleute und Experten. Die Ergebnisse werden auf einer Skala von 0 (extrem korrupt) bis 10 (nicht korrupt) erfasst.

Grafik 8: Corruption Perception Index 2006: Indexwert und Platzierung



Grafik 9: Corruption Perception Index 1998–2007



Worldwide Governance Indicators – Corruption control

Erstellt von: Weltbank

Seit: 1996

Häufigkeit: jährlich (bis 2002 alle zwei Jahre)

Indexwerte sind für das jeweilige Stichjahr (und erscheinen mit über einem Jahr Verzögerung).

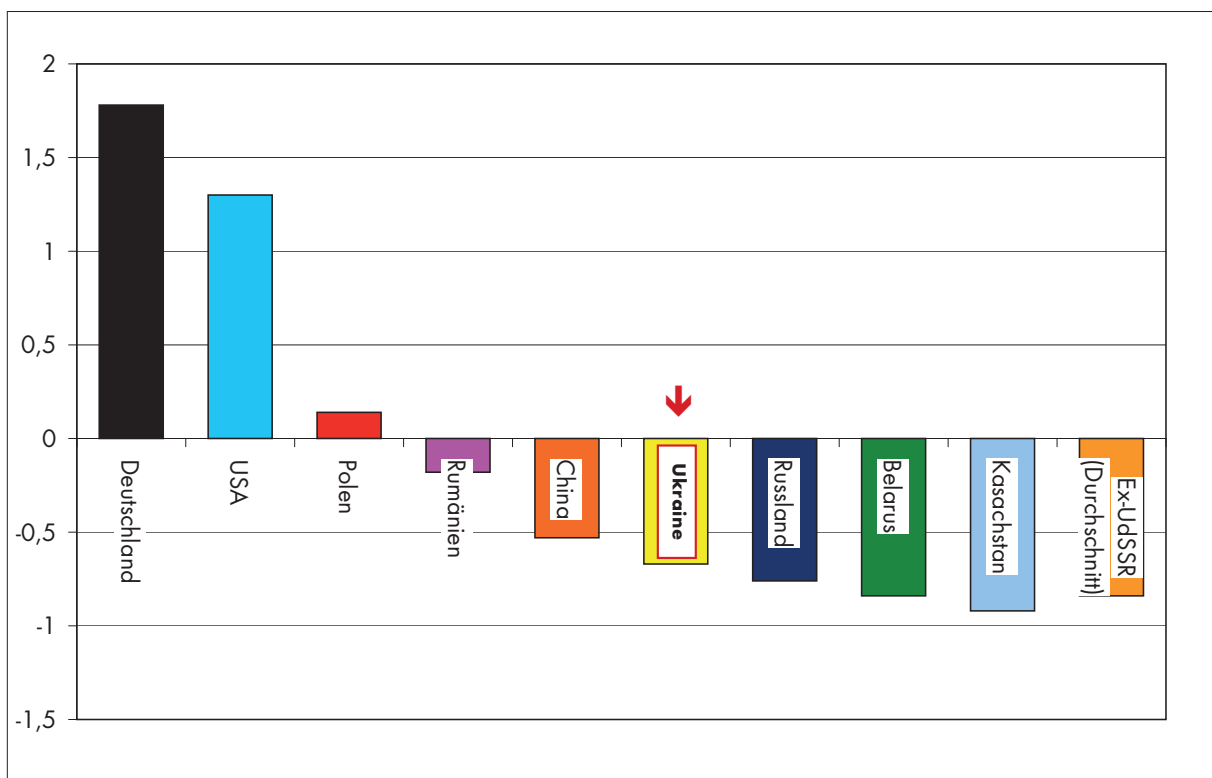
Erfasste Länder: 213

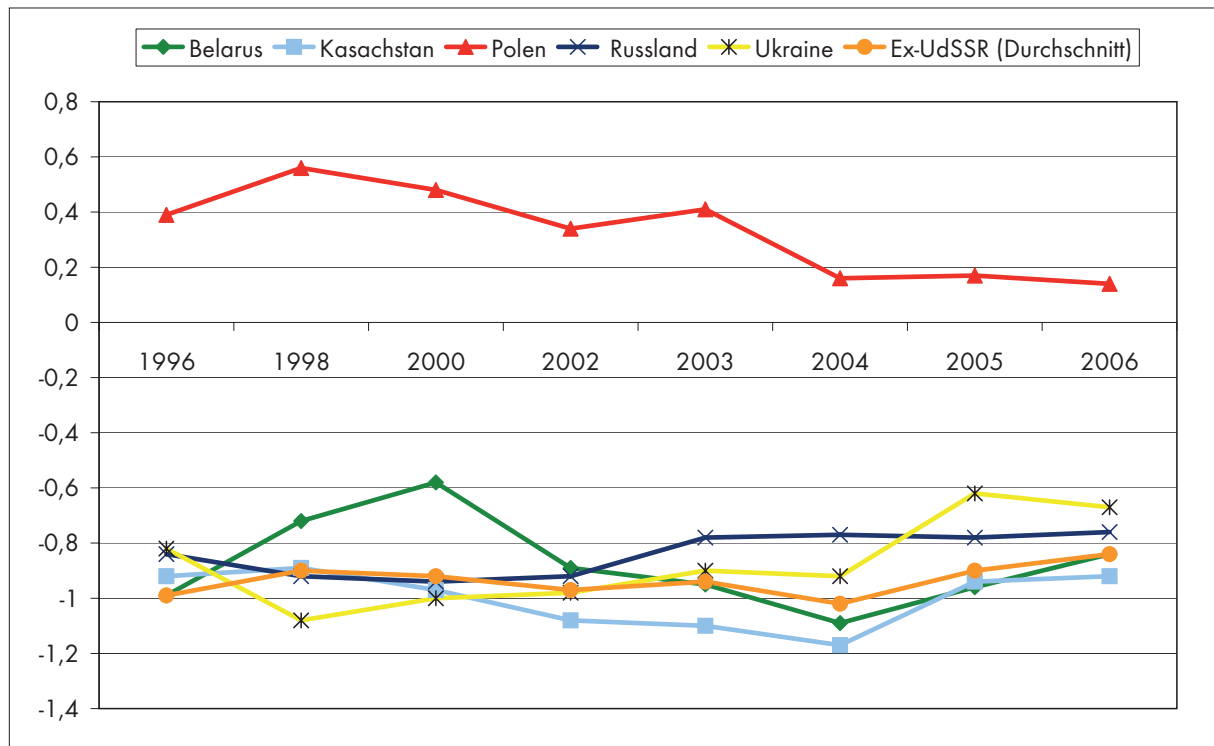
Internetadresse: <http://info.worldbank.org/governance/wgi2007/>

Kurzbeschreibung:

Die Indikatoren basieren auf der Auswertung von relevanten Umfragen unter Wirtschaftsvertretern, Bevölkerung und Experten. Für 2006 wurden so 31 Erhebungen von 25 unterschiedlichen Organisationen benutzt. Die Indikatoren werden in 6 Kategorien gruppiert, von denen eine Korruptionskontrolle ist. Der entsprechende Indexwert gibt den nach Zuverlässigkeit der Quelle gewichteten Durchschnittswert aller relevanten Datenquellen. Der Durchschnittswert über alle Länder wird als 0 gesetzt. Ein negativer Indexwert für ein Land ist also unterdurchschnittlich, ein positiver Indexwert überdurchschnittlich. Die Indexwerte bewegen sich im Bereich von -2,5 bis +2,5.

Grafik 10: Worldwide Governance Indicators – Korruptionskontrolle: Indexwerte 2006



Grafik 11: Worldwide Governance Indicators – Korruptionskontrolle: 1996–2005


Teil 5: Sozioökonomisches Entwicklungsniveau

Human Development Index (HDI)

Erstellt von: United Nations Development Program (UNDP)

Seit: 1990 (außerhalb der sozialistischen Staaten rückwirkend bis 1975)

Häufigkeit: jährlich

Indexwerte beziehen sich jeweils auf das Stichjahr und werden mit zwei Jahren Verzögerung publiziert.

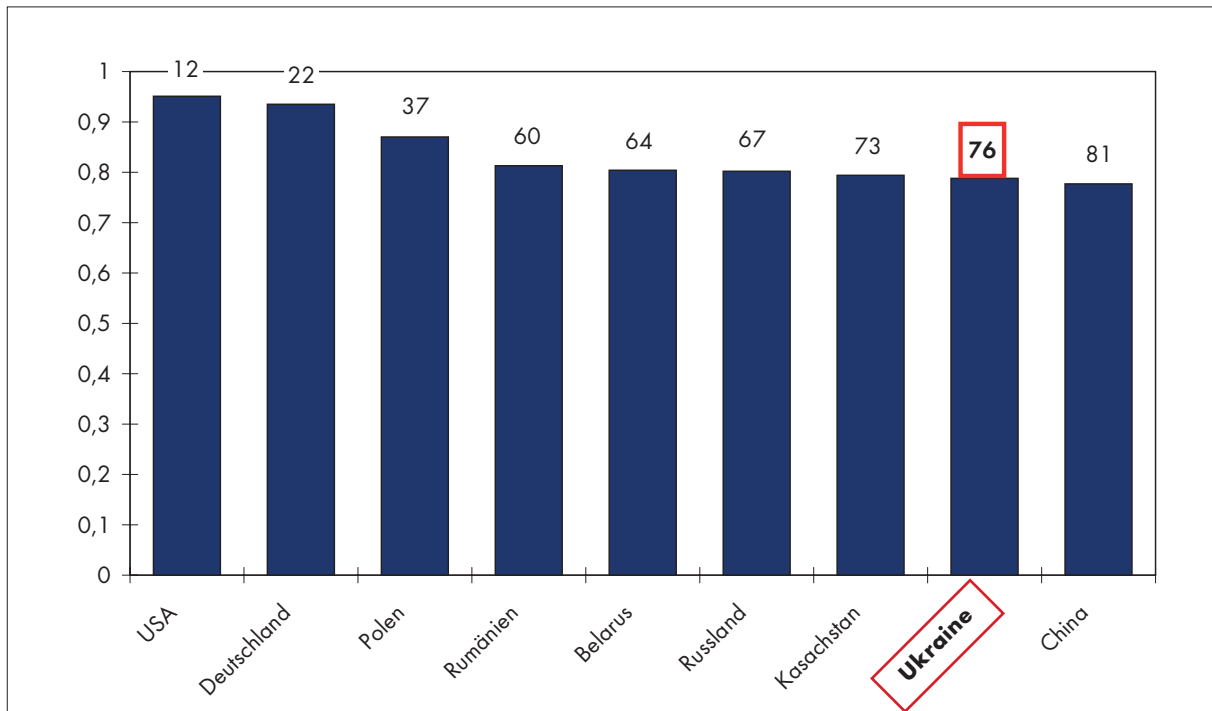
Erfasste Länder: 177

Internetadresse: http://hdr.undp.org/en/media/hdr_20072008_tables.pdf

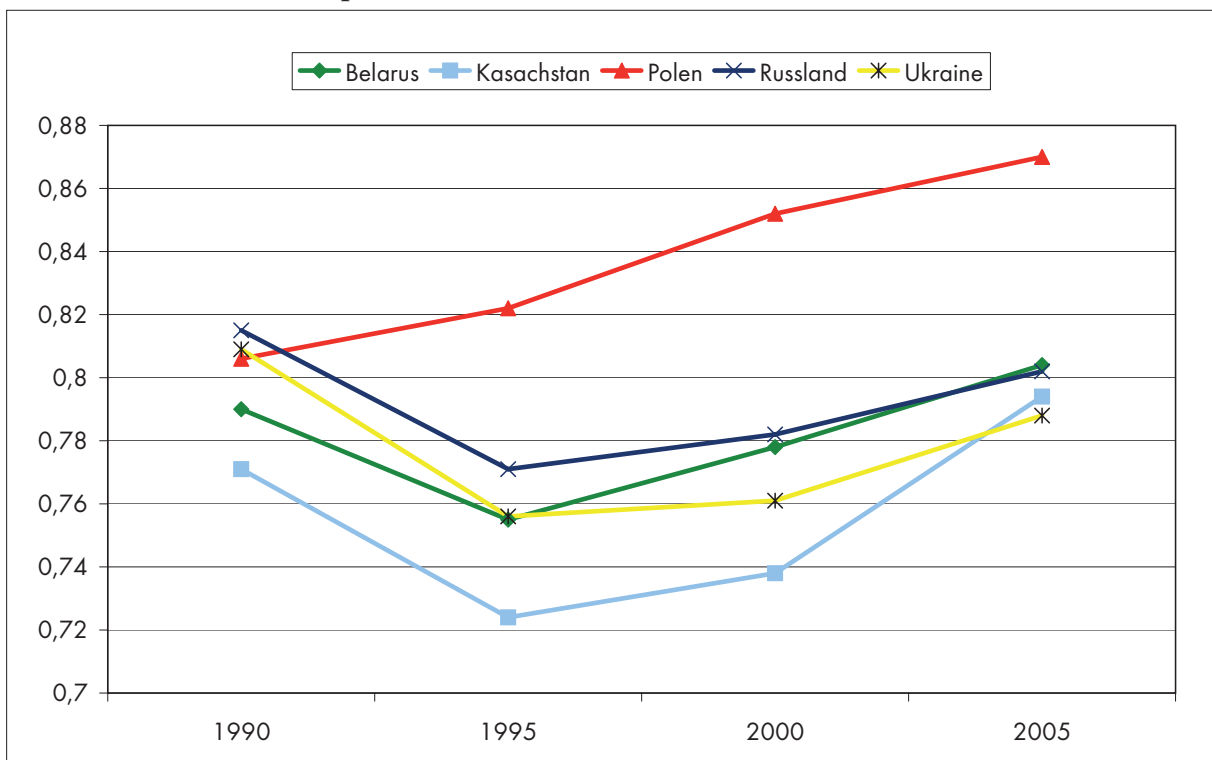
Kurzbeschreibung:

Der Index soll die »durchschnittlichen Errungenschaften eines Landes in drei grundlegenden Bereichen messen: langes und gesundes Leben, Wissen und annehmbarer Lebensstandard. Dazu werden vier grundlegende statistische Kennzahlen (Lebenserwartung, Alphabetenrate, kombinierte Schul- und Hochschulausbildungsrate, BIP pro Kopf in Kaufkraftparität) indiziert und zu einem Gesamtwert kombiniert, der zwischen 0 und 1 liegt. Ein Wert ab 0,8 steht dabei für hohes Entwicklungsniveau. Ein Wert von 0,5 bis 0,8 für ein mittleres Niveau und ein Wert unter 0,5 für ein niedriges Niveau.

Grafik 12: Human Development Index: Indexwerte und Platzierungen 2005



Grafik 13: Human Development Index: 1975–2005



Zusammengestellt von Florian Munder

Chronik
Chronik vom 12.2. bis 25.2.2008

12.2.2008	Präsident Viktor Juschtschenko trifft in Moskau seinen russischen Amtskollegen Wladimir Putin. Die beiden einigen sich auf eine Beilegung des Streites um den Erdgashandel. Die außenpolitische Orientierung insbesondere im Hinblick auf den von der Ukraine angestrebten NATO-Beitritt wird kontrovers diskutiert.
12.2.2008	Nach einer vierwöchigen Blockade der Tribüne einigt sich das Parlament auf die Tagesordnung für eine neue Sitzung. Die für den Folgetag vorgesehene Sitzung kann jedoch aufgrund der andauernden Blockade nicht stattfinden.
13.2.2008	Ministerpräsidentin Julia Timoschenko begrüßt in einem Kommentar zu den Moskauer Verhandlungen vor allem die Einigung auf den Ausschluss von Zwischenhändlern im ukrainischen Erdgasimport und bezeichnet das Ergebnis als einen »Sieg für das demokratische Team«.
14.2.2008	In Reaktion auf Äußerungen des russischen Präsidenten Wladimir Putin, dass ein NATO-Beitritt der Ukraine und die Stationierung westlicher Truppen Russland zwingen könne, seine Raketen auf die Ukraine auszurichten, erklärt der ukrainische Außenminister Wolodimir Ohrisko, dass die Ukraine niemals eine Bedrohung für Russland darstellen werde und dass die Stationierung ausländischer Truppen durch die ukrainische Verfassung ausgeschlossen sei.
14.2.2008	Verteidigungsminister Juri Jechanurow stellt seinen Plan zur Militärreform vor, deren Kern die Umstellung auf eine Berufarmee ist. Die Reform mit einer Laufzeit von drei Jahren soll insgesamt über sechs Milliarden Euro kosten.
19.2.2008	Sechs prominente Parlamentsabgeordnete der Fraktion Unsere Ukraine erklären ihren Austritt aus dem Wahlblock. In der Vorwoche war bereits Viktor Baloha, der Leiter der Präsidialadministration, aus dem Wahlblock Unsere Ukraine ausgetreten. Sie begründen ihren Austritt damit, dass der Wahlblock sich zu weit von der Position von Präsident Viktor Juschtschenko entfernt habe. Gerüchten zufolge soll Baloha die Gründung einer neuen präsidentennahen Partei im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen planen. Die Regierungskoalition ist durch die Parteiaustritte der Parlamentsabgeordneten aber nicht gefährdet, da sie Mitglieder der Fraktion von Unsere Ukraine bleiben. Präsident Viktor Juschtschenko erklärt am Folgetag, der Beschluss zum Austritt sei eine Reaktion auf das Versagen des Wahlblocks Unsere Ukraine sich, wie vor der Parlamentswahl vereinbart, zu einer Partei zusammenzuschließen.
19.2.2008	Parlamentspräsident Arseni Jazenjuk bietet der Opposition an, dass die Position des Parlamentes zum NATO-Beitritt der Ukraine nach einer Plenardebatte formuliert werden solle. Jazenjuks Unterschrift unter einen Brief mit der Bitte um einen NATO Membership Action Plan für die Ukraine hat zur wochenlange Blockade von Parlaments-sitzungen durch die Opposition unter Führung der Partei der Regionen geführt.
20.2.2008	Ministerpräsidentin Julia Timoschenko klärt in Moskau bei einem Treffen mit ihrem russischen Amtskollegen Viktor Subkow die Details des Erdgashandels zwischen den beiden Ländern. Der russische Präsident Wladimir Putin fordert Timoschenko in einem Gespräch auf, gleichberechtigte Bedingungen für russische Investoren in der Ukraine zu schaffen.
21.2.2008	Parlamentspräsident Arseni Jazenjuk und Oppositionsführer Viktor Janukowitsch einigen sich auf Verhandlungen aller Fraktionsvorsitzenden am Runden Tisch, um eine Lösung zur Aufhebung der Blockade der Parlamentsarbeit zu erarbeiten. Das erste Gespräch am Runden Tisch soll am 25.2. stattfinden.
22.2.2008	Oppositionsführer Viktor Janukowitsch erklärt, dass eine Lösung der aktuellen innenpolitischen Krise nur durch die Formierung einer neuen Regierungskoalition oder durch Neuwahlen zu erreichen sei. Der Fraktionsführer von Unsere Ukraine, Wjatscheslaw Kirilenko, bezeichnet die Debatte um Neuwahlen als überflüssig, da die Regierungskoalition erfolgreich arbeite.
22.2.2008	Ministerpräsidentin Julia Timoschenko erklärt in einer Kabinettsitzung, dass Regierungsorgane ab sofort keine Erdgaslieferverträge mehr mit UkrGaz-Energo, dem Handelspartner des umstrittenen Zwischenhändlers Ros-UkrEnergo, mehr abschließen werden.
25.2.2008	Beim Gespräch der Fraktionsvorsitzenden am Runden Tisch erklärt Viktor Janukowitsch, dass seine Partei der Regionen die Blockade der Parlamentsarbeit beenden würde, wenn die Diskussion um den NATO-Beitritt der erste Punkt auf der Tagesordnung sei. Der Fraktionsvorsitzende des Blocks Timoschenko, Ivan Kirilenko, äußert die Hoffnung, dass am 4. März das Parlament seine Arbeit wieder aufnehmen könne.

Die Ukraine-Analysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1862-555X © 2008 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/ukraine

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa unter www.laender-analysen.de

Russlandanalysen

Die »Russlandanalysen« bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztex-te bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.polen-analysen.de>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de